

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 3.00 RM, monatlich 1.30 RM,
wöchentlich 30 Pf, frei ins Haus...

Vorwärts

5 Pfennig

Die Interflons-Gebühr
betragt für die sechsgehaltene Annoncen-
zeile oder deren Raum 60 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Berichte...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 7. November 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Präsidentenwahl in Amerika.

Großkampftag an der Somme.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 6. November 1916. (W. L. B.):

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
In der Dauerschlacht an der Somme war der 5. November wiederum ein Großkampftag erster Ordnung!
Engländer und Franzosen haben mit sehr bedeutenden Kräften und unter Einsatz der ganzen Feuerkraft ihrer Artillerie einen gewaltigen Stoß gegen die Front der Armee des Generals von Below geführt...

Heeresgruppe Kronprinz.
Rechts der Maas im Abschnitt von Gandonmont heftige Artillerie- und Handgranatenkämpfe.

Ostlicher Kriegsschauplatz.
Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
Keine wesentlichen Ereignisse.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.
Die Kämpfe im Toelghes-Abschnitt, sowie zwischen der Utschanz- und Bodza-Passstraße dauerten ohne wesentliche

Änderung der Lage an. Südwestlich von Predeal gewannen wir die Höhe La Omu und machten südlich des Roten-Turm-Passes weitere Fortschritte.
Beiderseits der Szardul-Passstraße wurden rumänische Angriffe abge schlagen. Wir nahmen an der Südfront über 450 Mann gefangen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 6. November 1916. (W. L. B.) Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.
Die rumänischen Angriffe in der nördlichen Balaschel blieben auch gestern völlig erfolglos. Wir gewannen südlich des Börs-Torony (Roten-Turm) Passes Raum und nahmen den Berg Lacmu. Im Bodzaer Grenzgebiet und bei Befas und Toghneß wird weitergekämpft.
Deshalb von Kiribaba bemächtigten sich Abteilungen des tapferen Theresienstädter Infanterie-Regiments Nr. 42 und andere Truppenteile in überaus gutem Vorstoß der Höhe Sedul, wobei 100 gefangene Russen und ein Minenwerfer eingebracht wurden.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
Nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Ostfronten hat die Angriffstätigkeit der Italiener bedeutend nachgelassen. Dem Masseneinsatz der Infanterie entsprechend waren ihre Verluste in den letzten Schlachttagen außerordentlich schwer. Gestern war das Artilleriefeuer nur bei Biglia, Gudi Log und westlich Jamniano lebhafter. Bei Biglia wurde vorgehende feindliche Infanterie durch Feuer abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Hoefler, Feldmarschallleutnant.

Heute wählt Amerika!

Von M. Beer.

Der Wahlfeldzug, der mit der Ernennung der Präsidentschaftskandidaten im August 1916 einsetzte, ist zu Ende, heute, am 7. November, gehen über 15 Millionen Bürger der Vereinigten Staaten zur Wahlurne, um den Präsidenten für die nächsten vier Jahre zu wählen.

Was eine Präsidentschaftswahl in Amerika ist, weiß nur, wer es erlebt hat! Alle einigermaßen redogewandten Mitglieder der politischen Parteien, auch Jugendliche und Frauen, stellen sich in den Dienst der Agitation. In Hallen und auf Marktplätzen, auf Tribünen in weiten Sälen, auf leeren Warenlisten an den Straßenecken, auf Eisenbahnwagen an den Stationen wird gesprochen, gepriesen und verdammt in allen Zungen der indogermanischen, semitischen und mongolischen Rassen.

Die Präsidentschaftswahl ist indirekt: die Bürger stimmen für Wahlmänner, die ihrerseits den Präsidenten wählen. Die Zahl der Wahlmänner entspricht der Zahl der Mitglieder, die jeder Staat der Union in den Kongress (Bundesparlament in Washington) entsendet. Der letzte Kongress bestand aus 435 Abgeordneten und 96 Senatoren. Es sollen somit 531 Wahlmänner gewählt werden, wobei auf jeden der 48 Staaten der Union je nach Größe der Bevölkerung eine bestimmte Zahl entfällt: New York Staat 45 Wahlmänner, Pennsylvania 38, Illinois 29, Ohio 24 usw.

Die Machtbefugnisse des Präsidenten sind sehr erheblich, wenn auch der Senat seine Kontrollbehörde ist und seine Maßnahmen verwerfen kann. Der Präsident ist Oberbefehlshaber der Armee und der Flotte. Er ernannt die Minister und kann sie entlassen. Das amerikanische Ministerium oder Kabinett setzt also — im Gegensatz zum westeuropäischen — nicht aus dem Parlament hervor, sondern wird, wie im Deutschen Reich, vom Oberhaupt der Nation ernannt. Gingen ist das Parteiensystem in den Vereinigten Staaten nach englischem Muster gestaltet. Es gibt dort hauptsächlich zwei große Parteien: die Republikaner und die Demokraten, die das politische Leben beherrschen. Im letzten Bundesparlament zählte das Abgeordnetenhaus 233 Demokraten, 193 Republikaner, 8 Wilde (Unabhängige) und 1 Sozialisten. Im Senat saßen 56 Demokraten, 39 Republikaner und 1 Wilder. Die Regierung mit dem im Jahre 1912 gewählten Präsidenten Wilson an der Spitze gehörte der demokratischen Partei an, und das Bundesparlament hatte in beiden Kammern eine feste demokratische Mehrheit.

Die Unterschiede zwischen den beiden großen Parteien haben sich im Laufe der Zeiten erheblich verflüchtigt. Die Republikaner sind konservativer, das heißt: mehr individualistisch und weniger sozialpolitisch gesinnt als die Demokraten. Jene verlangen auch höhere Schutzzölle, eine stärkere Zentralregierung und eine rücksichtslosere Vertretung der amerikanischen Interessen, als die Demokraten es für wünschenswert erachten. Im allgemeinen darf man sagen, daß die Republikaner jetzt die Partei des Großkapitals und der Ausdehnungspolitik sind, während die Demokraten die Interessen des Mittelstandes und der Arbeiterklasse zu vertreten vorgeben.

Die beiden Präsidentschaftskandidaten Wilson (lies: Wilfson) und Hughes (lies: Gjuh) sind treffliche Verkörperungen ihrer Parteien.

Wilson, der demokratische Kandidat, ist wesentlich ein englischer Liberaler aus den Jahren von 1860 bis 1880; er lebt geistig in den Ueberlieferungen der mittelviktorianischen Ära: seine Lieblingschriftsteller sind Macaulay, Bagehot, Tennyson, Dickens und Thackeray. Er ist humanitär, friedliebend und arbeiterfreundlich in der Studentstube und in Volksversammlungen, aber oft das Gegenteil unter dem Druck des wirklichen Lebens. Im September 1914 hielt er amerikanische Anleihen an die kriegsführenden Mächte für eine Verletzung der Neutralität, aber unter dem Druck der Finanzmächte von Wall Street (New-Yorker Börse) ließ er die Anleihen an England und Frankreich ruhig gewähren. Seine theoretische Friedensliebe hinderte ihn nicht, zum Schutze des amerikanischen Kapitals Truppen nach Mexiko zu schicken und unter dem Druck der Pro-Alliierten-Agitation im April 1916 den Krieg gegen Deutschland vorzubereiten. Seine anti-imperialistischen Reden hielten ihn nicht ab, San Domingo zu annektieren oder die dänische Regierung unter Kriegsandrohung zu zwingen, die westindischen Inseln an die Vereinigten Staaten zu verkaufen. Sein Antimilitarismus stand seiner Förderung der „Breadandbutter“ (Kriegsrüstungen) nicht im Wege. Und sein Kriegsbudget für das kommende Jahr ist das größte, das je von einer Großmacht in Friedens-

Der Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahl unsicher

Amsterdam, 6. November. (W. L. B.) „Times“ erfährt aus Washington, daß der Ausgang der Präsidentschaftswahl noch unsicher ist. Montag abend halten Hughes und Wilson ihre letzten Wahlreden. Blätter, wie „New York World“, enthalten riesige Anzeigen für Hughes.

Die Verluste der englischen Flotte.

Berlin, 6. November. (L. U.) Mit der vor kurzem gemeldeten Versenkung des englischen kleinen Kreuzers nahe der irischen Küste belaufen sich die Gesamtverluste der englischen Kriegsmarine seit Ausbruch des Krieges nach Mitteilungen, die von unterrichteter Seite der „Telegraphen-Union“ zugegangen sind, auf 501 550 Tonnen. In dieser Ziffer nicht einbezogen sind die Verluste an Hilfskreuzern, Kanonenbooten, Zerstörern und Unterseebooten, sondern es handelt sich ausschließlich um Linienfahrzeuge und Kreuzer. Vom Gesamtbestande der englischen Flotte sind 14 Proz. an Linienfahrzeugen, 30 Proz. an Panzerkreuzern und über 14 Proz. an geschützten Kreuzern verloren. Davon kommen 39 Schiffe mit insgesamt 443 500 Tonnen auf Rechnung der deutschen Seestreitkräfte, der Rest verteilt sich auf unsere Verbündeten und auf Unfälle allgemeiner Art.

Vergleichsweise kann darauf hingewiesen werden, daß der Gesamttonneninhalt der französischen Flotte an Linienfahrzeugen und Kreuzern bei Ausbruch des Krieges 497 457 Tonnen betrug, während die Gesamtverdrängung der italienischen Flotte mit allen Kriegsfahrzeugen überhaupt nur 335 700 Tonnen ausmachte. Der englische Verlust an Torpedobooten beträgt 50 Schiffe mit circa 41 500 Tonnen, an U-Booten etwa 26.

Ansprachen der Präsidentschaftskandidaten.

New York, 6. November. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. Wilson sprach gestern in Longbranch und verurteilte es, daß bei dieser Wahlkampagne die ausländische Politik durch Männer zur Sprache gebracht worden sei, die sich zwar Staatsmänner nennen, aber nur neuen Brandstoff zusammentragen, während die Welt in Flammen stehe. Hughes sprach in New York nach einem Fadelzuge in einer großen Versammlung über die Tariffrage. Er sagte voraus, daß die großen Erwartungen amerikanischen Unternehmertums nach dem Kriege in Nichts zerfließen würden. Alle Nationen bereiteten sich darauf vor, ihre eigenen Industrien zu schütten und den Ueberschuß ihrer Produktion auf den amerikanischen Markt zu werfen. Die einzige Hoffnung für die „amerikanische Arbeiterschaft“ sei die Einführung von Schutzzöllen, mindestens so hoch, wie die Differenz des Preises der Arbeit in Amerika und in anderen Ländern.

New York, 1. November. Junkspruch des Vertreters von W. L. B. (Verspätet eingetroffen.) In Evansville (Indiana) sagte Hughes in einer Rede als Antwort auf die Frage nach seiner Haltung zur Frage des Verbots der Ausfuhr von Kriegsmunition und der Warnung der Amerikaner von der Benutzung von Schiffen der Kriegsführenden: Ich trete für die Wahrung eines jeden Rechtes ein, einschließlich des Rechtes, zu reisen, und des Rechtes, Waren zu verschiffen. Wir haben als ein neutrales Volk ein sehr wichtiges Recht und es ist von großer Wichtigkeit, daß wir in dieser Zeit, da der große Krieg tobt, die Rechte der Neutralen geltend machen und das Völkerrecht unverfehrt bewahren. Das müßte nach meiner Meinung eine sehr gedankenslose Politik sein, die irgendeines von diesen wichtigen Rechten aus irgendwelchen sentimentalischen Erwägungen heraus preisgeben wollte, da wir doch die Notwendigkeiten des neutralen Handels und die Rechte der Neutralen im Hinblick auf die Zukunft der Vereinigten Staaten im Auge zu halten haben.

zeiten aufgestellt wurde; es beträgt 662,5 Millionen Dollar (24 Milliarden Mark) für Armee und Flotte und erheblich mehr als das englische und das japanische Kriegsbudget vom Jahre 1914 zusammengekommen. Ein Zwei-Mächte-Standard und Ueberstufung! Aber ebenso gab Wilson dem Druck der Eisenbahngestellten nach, als diese unter Androhung eines allgemeinen Streiks im Sommer 1916 den Achtstundentag verlangten. Er zwang den Kongress, das Achtstundengesetz binnen wenigen Tagen anzunehmen. Er ließ sich auch herbei, bei der Einweihung des Gewerkschaftshauses in Washington am 4. Juli 1916 die Eröffnungsrede zu halten. Woodrow Wilson und Lloyd George sind sich sehr ähnlich.

Gingegen ist Hughes aus anderem Holze geschnitten. Ein dogmatischer Jurist, hält er den individualistischen, antisozialistischen Geist der amerikanischen Verfassung hoch. Als Richter des Obersten Bundesgerichts schloß er sich dem Urteile gegen die Guttmacherorganisation in Danbury an, die wegen Boykottierung einer Firma kollektiv haftbar gemacht und so finanziell ruiniert wurde. Hughes' stärkstes Agitationsmittel gegen Wilson ist dessen Durchsetzung der Achtstundenvorlage für die Eisenbahner. Aber Hughes ist kein Demagoge. Im übrigen dürfte er in der auswärtsigen Politik kaum anders handeln als Wilson. Jedoch ist jetzt die Front der amerikanischen Politik eher gegen den Osten gewendet. Der amerikanisch-japanische Gegensatz beginnt auf zu werden.

Welcher von den beiden Kandidaten die besseren Aussichten auf Erfolg hat, läßt sich von hier aus kaum beurteilen. „Auch die besten Kenner der amerikanischen Wahlpolitik“, schreibt „Wassenaar“ in der Londoner „Nation“ vom 31. Oktober, „sind sehr zurückhaltend im Prophezeien. ... Dem ausländischen Beobachter erscheint Mr. Wilson als der Mann, den Amerika wünscht.“ Sicher scheint nur zu sein, daß ein sehr starker Teil der amerikanischen Arbeiter für Wilson stimmen wird. In der amerikanischen Gewerkschaftspresse wurde für ihn Stimmung gemacht. Für die Deutsch-Amerikaner ist die Lage außerordentlich schwierig. Einer von ihnen machte die wichtige Bemerkung: „Der ganze Unterschied zwischen Hughes und Wilson könnte binnen wenigen Minuten von einem Barbier beseitigt werden.“ (Hughes trägt nämlich einen Bart, während Wilson glattrasiert ist.) Andererseits dürften sich viele bürgerlich-pazifistische Elemente von Wilson abwenden, was dem sozialistischen Kandidaten zugute kommen wird.

Die amerikanischen Sozialisten haben ebenfalls Präsidentschaftskandidaten aufgestellt. Wie bekannt, haben wir in den Vereinigten Staaten zwei Richtungen, die getrennt vorsehen: die Sozialistische Partei und die Sozialistische Arbeiterpartei. Die Sozialistische Partei ist jünger, aber stärker und entspricht der deutschen Sozialdemokratie. Die andere ist älter, aber schwächer; sie tritt für revolutionären Klassenkampf ein und bekämpft die amerikanischen Gewerkschaften; sie ist in diesem Punkte eher syndikalistisch. Folgende Ziffern zeigen die Stimmzählungen, die auf die Kandidaten der beiden sozialistischen Parteien bei den drei letzten Präsidentschaftswahlen entfallen sind:

Jahr	Sozial. Partei	Sozial. Arb.-Partei
1904	408 290	33 546
1908	424 488	14 021
1912	900 908	28 750

Die Kandidaten der Sozialistischen Partei für Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft sind Allan Benson und G. Kirkpatrick. Ersterer ist Redakteur von „Pearsons Magazine“ und ein populärer Schriftsteller. Kirkpatrick war Professor der Volkswirtschaft und ist besonders als Friedensfreund bekannt.

Die Kandidaten der Sozialistischen Arbeiterpartei sind Artur Keimer und Caleb Harrison. Ersterer ist ein guter Redner und strenger Marxist, der alle anderen sozialistischen Richtungen als schädlich bekämpft.

Gleichzeitig mit den Präsidentschaftswahlen finden Kongresswahlen statt. Wie bereits erwähnt, war der Sozialismus im letzten Kongresse nur durch einen einzigen Sozialisten, den russisch-jüdischen Rechtsanwalt Meyer London vertreten; er war vom 12. Wahlkreis in New York gewählt worden. Jetzt kandidieren: Meyer London, Morris Hillquit (20. Wahlkreis, New York), Victor Berger und Caylord in Milwaukee, Eugen V. Debs in Terre Haute, Indiana.

Die treibenden Kräfte in der amerikanischen Politik.

S.A. Die amerikanischen Sozialisten benutzen die Präsidentschaftskampagne zu einer ausgedehnten Propaganda für die sozialistische Partei und zu einer Aufräumungskampagne über das Wesen von Kapitalismus und Sozialismus. Was liegt näher, als daß sie die Triebkräfte der Politik eines kapitalistischen Staates gerade an der Hand der Fragen erörtern, die der Krieg auswirft, und daß sie auch das logische Aneinanderreihen des gewaltigen Räderwerkes darstellen, das den Mechanismus der Politik der Vereinigten Staaten in Bewegung setzt. Unsere amerikanischen Genossen sind dabei oft von einer Klarheit und Einfachheit des Ausdrucks, die auch den politisch wenig aufgeklärten Massen ermöglichen, den Gedankengängen zu folgen. Die Zweipartigkeit in der Haltung des Präsidenten Wilson wird nicht nur als Tatsache hingestellt und bekämpft, sondern es wird versucht zu erklären, durch welche Tatsachen keine Wandlung bedingt wird, und auf diese Weise wird der Kampf um die Präsidentschaft auf das höhere Niveau eines Kampfes zwischen Kapitalismus und Sozialismus gehoben.

Im „Appeal to Reason“, dem sozialistischen Organ des Staates Kansas, dessen Hauptmitarbeiter Allan L. Benson, der sozialistische Präsidentschaftskandidat ist, finden wir einen Aufsatz von John Kenneth Turner, der auch die deutschen Genossen interessieren dürfte, da er ihnen einen Begriff von den Verästelungen der kapitalistischen Interessen und ihren Einfluß auf die Wahlen gestattet. Wir geben ihn im folgenden auszugsweise wieder:

Der Artikel will die Fragen beantworten: Warum schlug Woodrow Wilson Kongressmitgliedern vor, daß die Vereinigten Staaten an der Seite der Alliierten in den Europäischen Krieg eintreten sollten? Warum brachte er die Nation an den Rand des Krieges mit Deutschland und der „geheiligten und undiskutierbaren Gesetze des internationalen Rechts“ willen, während er gegen die Ueberschreitung dieser Gesetze durch England nur schwach protestierte?

Das Bild, das Wilson gern von sich selbst entwirft, ist das eines Mannes, der nur zwei Gedanken kennt: den festen Entschluß, Amerika aus dem Krieg zu halten, und die heilige Bestimmung, die Ehre der Nation aufrechtzuerhalten, selbst auf Kosten eines Krieges. Dieses Bild spiegelt auch die demokratische Presse wider. Warum wünschen die demokratischen und die republikanischen Führer, daß die Massen an die Wahrheit dieses Bildes glauben sollen? Weil das ihren Zielen dient. Um etwas erfolgreich tun zu können in der Politik wie in der Diplomatie ist es oft nötig zu behaupten, daß man das Gegengesetzte wünsche. Um die

öffentliche Meinung Amerikas von der Notwendigkeit eines Krieges zu überzeugen, muß man erst das Volk glauben machen, daß der Krieg das Beste ist, was man wünscht.

„Es dient nicht immer den Zwecken „unserer“ führenden Bürger“ in den Krieg zu gehen. Aber es dient ihren Zwecken immer, kriegsfertig zu sein, wenn gewisse Umstände eintreten sollten — Umstände, die die Massen niemals als einen guten Grund für den Krieg ansehen werden, wenn sie sich in ihrer schmutzigen Radikalität zeigen, Umstände, die in das glühende Banner der „nationalen Ehre“ gekleidet werden müssen.“ Der hauptsächlichste politische Agent der „führenden Bürger“, der Präsident der Vereinigten Staaten, muß deshalb mit Notwendigkeit die Haltung einnehmen, die Wilson in bezug auf den europäischen Krieg eingenommen hat. Nichts ist weiter von der Wahrheit entfernt als die Meinung, daß die Kriegs- und Friedenspolitik des Präsidenten Wilson zugehöre, oder der demokratischen Partei. Es ist die Politik des Kapitalismus, und deshalb würde jeder andere, der im Auftrage des Kapitalismus im Weißen Hause stünde, ob er Roosevelt, Taft oder Hughes heiße, dieselbe Pose annehmen wie Wilson. Jeder würde leidenschaftlich für den Frieden eintreten, oder noch ein wenig leidenschaftlicher für die nationale Ehre, die richtig buchstabiert Handel lautet.

Wessen Interessen zieht Woodrow Wilson in Betracht, wenn er von seinem Wachturm aus die die europäischen Unruhen betrachtet? Für wen war er bereit, an der Seite der Alliierten in den Krieg einzutreten? Denkt er an die Allgemeinheit Amerikas, die er so sehr zu lieben vorgibt, wenn er den Handschuh um des amerikanischen Handels willen hinwirft?

Wenige Wochen nach Beginn des Krieges erklärte Wilson: „Die Vereinigten Staaten müssen neutral sein, in der Tat so gut wie dem Namen nach. ... Wir müssen unparteiisch sein in Gedanken sowohl als in der Aktion, müssen ... jeder Transaktion einen Jügel anlegen, die als Bevorgungung einer Partei im Kampfe gegenüber einer anderen ausgelegt werden könnte.“ — Deshalb hielt Wilson auch die Gewährung einer Anleihe an die Alliierten für unneutral, was von dem damaligen Staatssekretär Bryan besonders hervorgehoben und bestätigt wurde. Das war 1914. In seiner Vortragsrede an den Kongress, Dezember 1915, sagte Wilson: „Wir haben beiseite gestanden, sorgfältig neutral. Es ist unsere ausgesprochene Pflicht, das zu tun.“ Aber verzieht er nicht seine eigene Interpretation der Neutralität, indem er seinen Widerstand gegen die Korgananleihe aufgab? In der Pressenachricht war damals von Anleihen an kriegsführende Nationen die Rede, aber Anleihen an die Alliierten waren gemeint. Wer würde so töricht sein, beide Seiten in einem Kampfe auf Leben und Tod zu unterstützen?

Die gewinnenden Nationen Europas mögen vielleicht niemals ihre Schulden bezahlen. Für die verlierende Seite ist der Bankrott fast sicher. Deshalb wurde Wallstreet an dem Tage, an dem sie den Alliierten eine halbe Billion Dollar lieh, unneutral. Denn nun hatte Wallstreet ein Interesse an dem Triumph der Alliierten.

Aber was hat das mit Woodrow Wilson und seiner Regierungsführung der Vereinigten Staaten zu tun? Ganz einfach, daß, wo das finanzielle Amerika geht, auch das politische Amerika geht, einerlei ob unter demokratischer oder republikanischer Herrschaft. Früher haben die Sozialdemokraten gezeigt, daß der Unterschied zwischen Demokraten und Republikanern der ist, daß die Republikaner den Großkapitalismus repräsentieren, während die Demokratische Partei die kleinen Kapitalisten vertritt. Das ist nicht länger wahr. Unter Wilson ist die demokratische Partei ebenso ausschließlich die Dienerin des Großkapitals geworden wie die republikanische Partei es immer war.

Der Beweis wird dadurch erbracht, daß die Politik Wilsons gegenüber dem europäischen Krieg in erster Linie und fast ausschließlich durch die Interessen des Hauses Morgan — das die amerikanische Geldmacht darstellt — bestimmt wurde, ohne Ansehen der Wohlfahrt irgendwelcher Interessen, die nicht mit Morgan in Verbindung stehen, ohne die Wohlfahrt der produzierenden Massen Amerikas in Erwägung zu ziehen und oft in flagrantem Widerspruch zu den produzierenden Massen.

Wilson gestattete die Anleihe im Interesse des „amerikanischen Handels“. Aber bedeutet der „amerikanische Handel“ Amerika? Die Sache ist so: Wenn „wir“ den Alliierten eine halbe Billion leihen, zurückzahlen in der fernsten Zukunft, dann sind die Alliierten imstande, von „uns“ wenigstens für eine halbe Billion mehr Munition und andere notwendige Dinge zu kaufen. Die Frage entsteht, wer ist „wir“? Die Arbeiter in den Munitionsfabriken, die Arbeiter in den Eisen- und Kohlenminen sind es nicht. ... Sind „wir“ denn die landwirtschaftlichen Produzenten Amerikas, die Erzeuger von Korn und Baumwolle, die die kämpfenden Millionen zu Kriegspreisen ernähren und kleiden? Weizen hat im Kriege in Amerika einen höheren Preis erreicht als seit vielen Jahren, und einen noch höheren Preis in Europa. Aber das bedeutet nicht, daß der Erzeuger den Nutzen hat. Die Ernten wurden durch das mit dem Schiffahrtstraf und dem Hause Morgan verbundene Kornmonopol geplündert; die Farmer wurden gezwungen, zu Preisen zu verkaufen, die in keinem Verhältnis zu denen standen, die die Kornspekulanten und die Schiffahrtsgesellschaften erhielten. Die Regierung war vollkommen über diesen großen Weizen Diebstahl informiert und hatte die Macht, ihn zum Stillstand zu bringen, aber sie beschützte die Diebe, so daß tatsächlich die Weizenfarmer mit Unterstützung der Wilsonverwaltung um mindestens neun Zehntel ihres Anteils an den Profiten „unseres“ kriegsgeborenen, anleihegeborenen Handels beraubt wurden.

Mit den Baumwollfarmern war es noch schlimmer. Schiffahrt und Spekulation verbanden sich, um den Baumwollpreis zu brechen, sie zwangen ihn auf 6 Cent pro Pfund herunter. Die Bitte einer Million kleiner Farmer um eine Unterstützungsanleihe durch die Regierung wurde von Wilson abgelehnt. Sobald die Baumwolle in den Händen der Spekulation war, stieg der Preis und es wurden Millionen eingezehmt. Der amerikanische Baumwollfarmer hat nicht den geringsten Anteil am Kriegshandel, sondern er ist sehr durch ihn geschädigt worden. Er kann also auch nicht mit dem „wir“ gemeint sein. Ebensovienig der kleine Kaufmann, der keine Fabrikant.

„Präsident Wilson wechselte seine Ansicht über Neutralität, damit die Männer, denen die amerikanischen Eisenbahnen gehören, den Alliierten eine halbe Billion Dollar leihen könnten. Nachdem sie ihre halbe Billion geliehen hatten, wandten sich die Eigentümer der amerikanischen Eisenbahnen an den Präsidenten und sagten: „Sir, unsere Eisenbahnen brauchen Reparaturen. Aber Sie wissen, wir haben kein flüssiges Geld. Die einzige Lösung ist für Sie, uns zu erlauben, unsere Preise zu erhöhen.“ Worauf der Präsident gefälligst zusah, daß den Eisenbahnen erlaubt wurde, ihre Preise zu erhöhen. So ist die Morgan-Kriegsanleihe auf die Schultern des amerikanischen Volkes geladen.“

„Wir“ bedeutet also Morgan und Morgans Freunde — und niemand anders. Denn Morgan und seine Freunde sind die einzigen Ruhnheier der Wilsonschen Kriegspolitik gewesen. Indem er Amerika repräsentierte, den amerikanischen Handel beschützte, für amerikanische Rechte eintrat, für „die heiligen und undiskutierbaren Gesetze des internationalen Rechts“ kämpfte, amerikanischen Wohlstand festigte, den Krieg für die „Ehre Amerikas“ androhte, dachte Mr. Wilson nicht im geringsten an das amerikanische Volk, sondern an die amerikanische Finanz, an Wallstreet, an die Morgan-Rodefeller-Geldmacht. Und dieser Gedanke an Morgan hat uns weit in die Gefahr hineingeführt, weit über die bloße Verletzung der Interpretation der Neutralität hinaus, weit über eine zeitweise Gefahr des Krieges mit Deutschland hinaus.

Unter seinem Einfluß ist der pazifistische, idealistische Professor der militärische, imperialistische, jingoistische Präsident geworden. Die Tagesfragen sind plötzlich vom Innern auf das Äußere übergesprungen. Schiffahrt — Handelsstraßen — Kapitalanlagen draußen — neue Bestellungen — die Rontgenstrahlen — Kriegsberichterstattung! ...

Unter dem Einfluß der Wilson-Morgan auswärtigen Politik haben wir jede Lehre des europäischen Krieges übersehen. Wir stürzen in schwindelnder Schnelligkeit einem nicht weniger schrecklichen Unheil zu.

Die Zustände in Bukarest.

Armee Falkenhayn, 5. November.

Schon mehrfach konnte darauf hingewiesen werden, daß die rumänische Heeresleitung unter der Wucht des deutsch-ungarischen Angriffs im Predealpaß alles an verfügbarem Menschenmaterial zusammenrafft, um die durch unsere letzten Erfolge bedrohte Befestigungslinie nördlich Sinaia unter allen Umständen zu halten. Viele dieser schnell an die Front geworfenen, zum Teil völlig unausgebildeten Leute stammen aus Bukarest, und ihren Erzählungen lassen sich manche Einzelkenntnisse über die augenblicklichen Zustände in der Stadt entnehmen. Besonders über den durch unsere Luftangriffe angerichteten Schaden berichten diese Leute übereinstimmend viele Einzelheiten, die als glaubwürdiges Material angesehen werden dürften. Danach waren schon Anfang Oktober folgende wichtigen Anlagen von unseren Bomben getroffen worden: In der Artillerie-Munitionsfabrik Metallurgica le Maitre war großer Sachschaden angerichtet; 12 Personen wurden getötet, viele verwundet. Die Rindholzfabrik in der südlichen Vorstadt Filaret war durch Bombenwürfe in Brand geraten. In der Wolffschen Kessel-fabrik, die schon lange vor der Kriegserklärung in eine Munitionsfabrik umgewandelt war, brachen infolge von Bombenwürfen verheerende Explosionen aus. Daneben richteten unsere Flugzeuge in der übrigen Stadt großen Schaden an. Die Hauptpost in der Callea Victoriei soll getroffen sein. Sicher hat die Schlagbrücke, die im Westen der Stadt über die Dunawowa führt, Treffer bekommen. Durch die an vielen Stellen zerstörte Hochspannung der Bukarester Straßenbahn entstanden beim Herabfallen der Drähte zahlreiche Unglücksfälle. Besonderen Schaden richteten drei Bomben an, die in der Nähe der Markthalle niederfielen. Ueber den Schweregrad herrschte in der Stadt große Entrüstung. Schließlich kam der Platzkommandant von Bukarest auf die originelle Idee, jedesmal bei der gemeldeten Ankunft von Flugzeugen aus dem mitten in der Stadt gelegenen Arsenal dicken Rauch ausströmen zu lassen. Dieser Rauch sollte den Fliegern die Sicht auf das militärisch wichtige Arsenalkomplex selber verdecken.

Trotzdem sich die erste Aufregung in der Stadt gelegt hat, wandern noch zahlreiche wohlhabende Familien nach Norden aus. Jassi, die ehemalige Hauptstadt, wird wieder zum Mittelpunkt des Landes. Die ärmere Bevölkerung des Landes ist zurückgeblieben. Doch hat das früher übliche nächtliche Kambieren auf den Feldern außerhalb der Stadt infolge der kühlen Witterung aufgehört.

Dr. Adolf Köster, Kriegsberichterstatter.

Die griechischen Wirren.

Entente-Truppen besetzen Ekaterrini.

Amsterdam, 5. November. (W. Z. B.) Reuter meldet aus Athen: Die Truppen der Alliierten haben Ekaterrini besetzt, um ein Blutvergießen zwischen den Anhängern von Venizelos und den Regierungstruppen zu verhindern.

Bewaffnung griechischer Dampfer?

Bern, 5. November. (W. Z. B.) Einer Meldung des „Petit Journal“ aus Saloniki zufolge erörterte die provisorische Regierung die Möglichkeit einer Bewaffnung der griechischen Dampfer im Inlandverkehr. Ferner sei beschlossen worden, in Saloniki und Kanea einen Gerichtshof einzulegen.

Hausdurchsuchung in der Wohnung eines gunaristischen Abgeordneten.

London, 6. November. (W. Z. B.) Das Reuter'sche Bureau läßt sich aus Athen melden, die Polizei der Alliierten habe in der Wohnung eines Abgeordneten der Gunaristenpartei eine Hausdurchsuchung abgehalten, da der Verdacht bestanden habe, daß von seinem Hause aus feindlichen Unterseebooten Signale gegeben wurden. Als die Polizei das Haus betrat, sei auf sie geschossen worden. Mehrere Verhaftungen seien vorgenommen worden.

Gefangensetzung venizelistischer Offiziere.

London, 6. November. (W. Z. B.) „Morning Post“ erfährt aus Athen vom 4. November, daß 10 Offiziere des Trilalaregiments, die über Land nach Saloniki zogen, von Truppenabteilungen, die vom griechischen Hauptquartier in Larissa ausgeschickt waren, verfolgt, bei Kozani aufgegriffen, unter starker Bedeckung nach Kalabata zurückgebracht und ins Gefängnis gesetzt worden seien; 12 andere Offiziere seien, als sie sich im Piräus nach Saloniki einschiffen, ins Gefängnis in Athen gebracht worden; die Internierung im Offiziergefängnis sei ihnen verweigert worden. Auch viele Soldaten aus Athen seien in Patras und anderen Orten gefangen genommen worden, weil sie verhaftet hätten, nach Saloniki abzureisen. Das königliche Dekret vom Montag, durch welches alle Offiziere der See- und Landmacht, die sich Venizelos angeschlossen hätten, vorläufig aus dem Offizierskorps entfernt würden, um später vom Kriegsgericht abgeurteilt zu werden, sei eine unbestreitbare Tatsache.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 5. November. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 5. November.

Mazedonische Front. Die Lage ist unverändert. Feindliche Flugzeuge griffen heute bewohnte Ortschaften hinter der Front an, ohne bemerkenswerten Schaden zu verurlichen. Am Fuße der Belasitza Planina beschloß der Feind ergebnislos die Dörfer Palmich, Glogochitza, Loulovo und Gorni Poroj. Im Struma-Tale schwaches Artilleriefeuer. An der Küste des Ägäischen Meeres Ruhe.

Rumänische Front. In der Dobrubtscha Gefechte zwischen vorgeschobenen Abteilungen. Feindliche Schiffe beschossen Constanza und Mangalia, zogen sich aber, von unseren Wasserflugzeugen angegriffen, aufs hohe Meer zurück.

Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 5. November. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 5. November.

An der Kaukasusfront dauern heftige Schneestürme und Regenfälle an.

Der stellvertretende Oberbefehlshaber.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Son 5. November nachmittags. (W. Z. B.) Die Deutschen wiederholten ihre Versuche gegen die französischen Graben im Walde von St. Pierre-Basst nicht; die Zahl der von den Fran-

Dom U-Boot-Krieg.

Bern, 5. November. (B. Z. W.) Nach einer Meldung des „Temps“ aus Lissabon ist der englische Dampfer „Marquis Bacquehem“ (4395 Tonnen) versenkt worden.

Bern, 5. November. (B. Z. W.) Nach einer Meldung des „Temps“ aus Toulon wurde der französische Dampfer „Doukala“ von einem U-Boot angegriffen. Der Dampfer habe den Kampf aufgenommen und sei nach einer Beschädigung von vierzig Minuten entkommen.

London, 5. November. (B. Z. W.) Lloyd's meldet: Die englischen Dampfer „Dian“, „Jessie“ und „Statesman“ sind versenkt worden.

Geste, 6. November. (B. Z. W.) Gestern Abend traf hier aus Oergrund die Besatzung des Motorschoners „Joensloping“ ein, der vor Rauma von dem deutschen U-Boot II 22 versenkt wurde. Der Führer des Schoners berichtete, daß die schwedische Motorschoner „Aleo“ und der schwedische Dampfer „Aegir“ ebenfalls versenkt worden seien.

London, 6. November. (B. Z. W.) Lloyd's meldet, daß der amerikanische Dampfer „Lana“ (892 Tonnen) am 28. Oktober gesunken ist. Dreißig Mann wurden in Hurry von dem norwegischen Dampfer „Tromp“ gelandet.

Englische Darstellung des Kreuzerverlustes.

Amsterdam, 5. November. (B. Z. W.) Die englische Admiralität teilt mit: Die Meldung des deutschen Admirals vom 4. November, wonach ein deutsches U-Bootboot einen englischen Kreuzer älteren Typs am 28. Oktober westlich von Irland versenkt habe, bezieht sich offenbar auf die Versenkung des Minenjägers „Genista“, dessen Verlust am 26. Oktober amtlich bekanntgegeben wurde.

Erweiterung der Volksrechte in England.

(SA.) Die Vorarbeiten für die angekündigte englische Wahlreform haben begonnen. Die Regierung hat eine „Konferenz“ aus Mitgliedern des Unterhauses und des Oberhauses eingesetzt, die sich mit dem ganzen riesenhaften Komplex der Fragen beschäftigen soll, die bei einer gründlichen Wahlrechtsreform in Erwägung gezogen werden müssen. Es ist nicht ganz klar, ob die Regierung beabsichtigt, die vorerst geplante kleine Reform, die auf dem zurzeit bestehenden Wahlrecht basiert und nur das System der Eintragung in die Wählerlisten und das Wahlrecht der Abwesenden ändern will, zum Gesetz zu erheben, soweit es jedoch sicher, daß sie selbst eine solche Maßregel nur als Notbehelf ansieht und durch die Einsetzung der Wahlrechtskommission ihren festen Willen zu einer großzügigen Reform kundgibt.

Damit ist freilich noch nicht gesagt, daß das Endergebnis dem Kräfteaufwand entspricht. Die einander widerstrebenden Interessen von Konservatismus und Demokratie werden heftig aufeinanderprallen, und es ist fraglich, ob hinter dem Willen zur Macht bei den liberalen demokratischen und sozialistischen Elementen Großbritanniens auch die Kraft steht, die notwendig ist, um sich gegenüber dem im Krieg sichtlich stärker gewordenen Konservatismus durchzusetzen. Die Gegnerschaft der Konservativen gegen das allgemeine Wahlrecht der großjährigen Männer scheint geschwunden zu sein. Das ergibt sich logisch aus der vor der Vertagung des Unterhauses von dem äußersten rechten Flügel aufgestellten Forderung des Wahlrechts für jeden unter den Waffen stehenden Mann, denn im Meer stehen nicht nur die meisten volljährigen Männer, sondern auch eine nicht unbeträchtliche Anzahl derer, die das gesetzliche Wahlalter noch nicht erreicht haben. Aber es sind noch Streitfragen genug vorhanden, und die beiden hauptsächlichsten sind das Frauenwahlrecht und das Proportionalwahlrecht.

Mit der Erklärung des Ministerpräsidenten, daß er seine Auffassung in bezug auf das Frauenwahlrecht geändert habe und seine Opposition fallen lasse in Anbetracht der Frauenleistungen für das Land während des gegenwärtigen Krieges, wird der Hauptwiderstand gegen das Prinzip der politischen Frauenrechte beseitigt sein. Auch unter den Konservativen gab es schon vor dem Kriege eine starke Gruppe, die die Notwendigkeit einer direkten Beteiligung der Frauen am politischen Leben und Einfluß erkannt hatten, aber bei ihnen war damals die Ueberzeugung vorherrschend, daß eine gewisse Bevorzugung der bestehenden Klassen geschaffen werden müsse, und man wird zusehen müssen, ob sich auch darin ihre Auffassung gewandelt hat. Als bemerkenswert verdient hervorgehoben zu werden, daß die ganze Propaganda in England hauptsächlich um das aktive Frauenwahlrecht geführt wird, das Recht auf einen Sitz im Unterhaus wird kaum einmal erwähnt. Man darf aber wohl annehmen, daß es als eine Selbstverständlichkeit aufgefaßt wird, daß der Frau, der die Majorität der Wähler und Wählerinnen eines Kreises ihr Vertrauen schenkt, auch das Recht zuerkannt werden muß, die Forderungen der Wähler als Gleichberechtigte im Parlament zu vertreten. Es werden sich also voraussichtlich bei der Frage des Frauenwahlrechts nur um die Ausdehnung des zu gewährenden Rechts Kampfe abspielen.

Bedeutendere Meinungsverschiedenheiten werden vermutlich darüber entstehen, ob das Proportionalwahlrecht, und welches der in Betracht kommenden Systeme durchgeführt werden soll, um auch den Minderheiten eine angemessene Vertretung im Unterhaus zu sichern. „Manchester Guardian“, dessen Meinung als die des entschiedenen Flügels der Liberalen angesehen werden kann, hofft, daß auch in dieser Frage eine Einigung zu erzielen sei, und er legt besonderen Wert auf die Tatsache, daß sowohl Lord Grey und auf der Arbeiterseite Aneurin Williams als starke Befürworter des Proportionalwahlrechts in der Konferenz vertreten sind. Von kleineren, aber sicher gerade für die Arbeiterschaft nicht unwichtigen Reformvorschlägen seien noch erwähnt die Umwandlung des Wählerlistensystems, die Verkürzung der vorgeschriebenen Dauer der Ortsansässigkeit, die Neueinteilung der Wahlkreise und die Belastung des Staates mit den Kosten für die Wahllokale und die mit der Wahl selbst verbundenen Unkosten, die bisher ebenfalls von den Kandidaten getragen werden mußten.

Die Kohlennot in England.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Die englische Presse veröffentlicht eingehende Berichte über die nationale Konferenz der Kohlenindustrie, die am 25. Oktober in Westminster getagt hat. Den Vorsitz führte der Staatssekretär des Innern Herbert Samuel, umgeben von den leitenden Persönlichkeiten der Organisationen der Unternehmerschaft und der Arbeiter.

Die fast 3000 Teilnehmer an der Konferenz waren in ihrer Mehrheit Delegierte der Bergarbeiterorganisationen. Ueber die Verhandlungen lesen wir in der „Times“:

Die Ansprache Asquiths gab das Bild einer Situation, die der Minister nicht anstund, als gefährlich zu bezeichnen. Die Hauptpunkte der gut aufgenommenen Rede waren: Seit 1913 ist infolge der Einziehung der Bergleute die Kohlenproduktion von 287 auf 228 Millionen Tonnen gefallen. Die Nachfrage übersteigt jetzt das Angebot. Im jetzigen Kampf steht die Frage der Erzeugung der nötigen Kohle für Munitionsfabrikation, motorische Kraft und für die Ausfuhr zur Deckung des Preises für Lebensmittel und andere eingeführte Artikel an Bedeutung nur der Frage der Deckung des Bedarfs an Mannschaften nach. Seit 1913 ist nun die Ausfuhr von 73 1/2 Millionen Tonnen auf 43 1/2 Millionen Tonnen gesunken — eine gefährlich niedrige Ziffer. Das ausföhrbarste und dringendste Mittel ist eine Verminderung des vermeidlichen Zeitverlustes durch „Absenteismus“ (Fernbleiben von der Arbeit), der jetzt 5 Prozent der festgesetzten Arbeitsstunden beträgt. Die dieser Verlust vermieden werden soll, ist ein Problem, dessen Lösung den Bergleuten und den Grubenbesitzern obliegt. Ein moralischer Druck ist nötig. Es bestehen noch im ganzen Lande Schachtausschlüsse der Bergleute, mitunter mit Vertretung der Werkleitungen, aber es gibt noch Bergwerke, wo diese Einrichtung fehlt.

Herbert Samuel: Was ist die Pflicht des Bergmanns? Kohle, immer mehr Kohle zu erzeugen, denn Kohle ist die Triebkraft unserer ganzen nationalen Maschinerie. Das Defizit in der Förderung läßt die Regierung in steter Angst. Wohl ist das Defizit weit geringer, als man es bei der großen Zahl der ins Feld gezogenen Bergleute hätte befürchten müssen. Vor einem Jahr wurde es notwendig, die Rekrutierung der Bergleute einzustellen, mit Ausnahme der Tunnelbauer, die aber vor vier Monaten zurückgehalten werden mußten und seither hat man vom Kriegsdienst die Zurücksendung von Bergleuten fordern müssen. Soll ich nun Douglas Haig sagen: Ich muß Sie bitten, aus den geliebten Frontbataillonen die notwendigen Männer herauszugreifen, die man zur Deckung des Defizits der Kohlenförderung braucht? (Rufe: Ja! Nein!) Ich bin überzeugt, die Konferenz würde es für eine Schande halten, wenn unsere Kampfleistungen gebrochen werden sollten, solange wir noch andere Mittel zur Verfügung stehen. Von der jetzigen Ziffer des Fernbleibens 9,9 Proz. stellen 5 Proz. das vermeidbare Maß dar. — Die Bergarbeiterchaft fordert in unseren Tagen — und wie ich glaube mit Recht — einen größeren Anteil an der Kontrolle der Bedingungen der Industrie. Die Bergleute betrachten sich als einen ebenso wesentlichen Teil der nationalen Industrie wie die Unternehmer. Darum aber ist es ihre eigene Sache, für die Erzeugung zu sorgen. Die Bergleute sind vom Militärdienst befreit. Wenn nun einer vorsätzlich, dauernd, Woche für Woche weniger leistet als er kann und soll, soll er vom Dienst befreit bleiben? (Rufe: „Ja!“, zahlreiche Rufe: „Nein!“) Ueber diesen Punkt möge sich die Konferenz äußern.

Genosse Smilie, Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes, erklärte zunächst, daß die vom Ministerpräsidenten gegebenen Ziffern auf Angaben der Unternehmer zurückgehen und wenn nicht tendenziös, so doch auf methodisch anfechtbare Weise gewonnen sind. Die Richtigkeit der Beschwerde selbst kann nicht geleugnet werden. Das Defizit ist eine Tatsache. Aber es kann nicht dadurch behoben werden, daß man die Gesetze verlegt oder das Beschäftigungsalter herabsetzt. Es ist die Aufgabe der führenden Elemente der Arbeiterschaft, auf regelmäßige Arbeit zu bringen. Dagegen ist die Exekutive des Bergarbeiterverbandes gegen jede Mogelei mit dem Gesetz, solange noch andere Mittel gegeben sind. An der geringeren Produktion tragen auch manche Direktionen schuld. Es gibt Bergwerke, wo es absolut physikalisch unmöglich ist, 6 Tage in der Woche zu arbeiten. Aber abgesehen von diesen Fällen sollten die Arbeiter lieber einen Extratag in der Woche zugestehen, als das Achtstundengesetz oder ein anderes Schutzesetz anzustreben. — Der Redner sprach sich schließlich für die beantragte Resolution aus im Interesse der Beschäftigten, die sonst im kommenden Winter frieren müßten.

Nach einer zustimmenden Rede des Präsidenten des Bergwerks-Unternehmerverbandes, Kinnon, wurde einstimmig die Resolution angenommen, die die Verminderung des Absenteismus als Pflicht erklärt und der vereinigten Sorge der Arbeiter und der Unternehmer empfiehlt.

Letzte Nachrichten.

Italienische Stimmen zur Polenfrage.

Lugano, 6. November. (Z. U.) Die Mailänder Blätter besprechen die Proklamation Polens zu einem selbständigen Königreich in höchst abfälligem Sinne. So erklärt der „Corriere della Sera“ es handele sich um einen Putsch, kein Staat werde das neue Königreich anerkennen, nicht einmal alle Polen. Dieses neue Königreich stelle nur ein politisches Hilfsmittel gegenüber Rußland dar. Deutschland habe durch die Proklamation für Rußland künftige große Schwierigkeiten geschaffen. Ausland würde genötigt sein, zu vollenden, was Deutschland begonnen. Die Möglichkeit der Unzufriedenheit erregter Polen könnte Deutschland immer einen Grund zur Einmischung geben.

Das Reichblatt Sonnino's, das „Giornale d'Italia“ nennt die Proklamation des Königreichs Polens zwar eine Absurdität, trotzdem ist das Blatt gezwungen süßlicher zuzugeden, daß der Schritt einer gewissen Bedeutung nicht entbehre. Für die Sache Polens sei die Proklamation ein unzugewandter Vorteil.

Spaniens Ministerpräsident für Aufrechterhaltung der Neutralität.

Bern, 6. November. (B. Z. W.) „Reit Parisien“ zufolge hat der spanische Ministerpräsident Romanones erklärt, daß er niemals die Neutralität aufgeben werde.

Urteilsfällung im Verurteilungsprozess Schroeder.

Haag, 6. November. (B. Z. W.) Der hohe Rat hat heute in beiden gegen den Chefredakteur des „Telegraaf“, Schroeder, schwebenden Prozessen den Spruch getan. Wediglich der ersten Anklage wegen eines Artikels, in dem von den Zentralmächten als den „Schurken von Europa“ die Rede war, hat der hohe Rat das freisprechende Urteil des Gerichtshofs verworfen und die Angelegenheit zur Verhandlung an das Gericht in Haag verwiesen. Wediglich der zweiten Anklage wurde die Verurteilung des Generalprokurators verworfen und das freisprechende Urteil des Gerichts bestätigt.

Eine Anzahl Abonnenten hat die gestrige Nummer des „Vorwärts“ verspätet erhalten, weil unser Auto einen Unfall erlitt. Wir bitten also diese verspätete Zustellung zu entschuldigen und uns über etwaige sonstige Mängel in der Zustellung sofort zu benachrichtigen.

sofen in diesem Abschnitt gemachten Gefangenen beträgt etwa 50. Auf dem rechten Ufer der Maas ziemlich lebhaftes Geschützfeuer in der Gegend von Douaumont, von Vaux und La Loupe. Derselbe vom Fort Bauz erweiterten die Franzosen ihre Fortschritte und besetzten im Laufe der Nacht das Dorf Damloup, wo sie Gefangene machten. Auf der übrigen Front kein wichtiges Ereignis.

Vom 5. November abends. Nördlich der Somme führten unsere Truppen im Laufe des Tages mehrere erfolgreiche Angriffe aus und machten in der Gegend südlich von dem Gehöze St. Pierre-Vaast eine Reihe wertvoller Fortschritte. Zwischen Reduense und Sailly-Sailles haben wir unsere Linien mehrere 100 Meter in der Richtung von Transloy vorgehoben. Derselbe von Sailly-Sailles haben wir uns eines Grabens bemächtigt und den größeren Teil des Dorfes Sailles erobert. Südlich dieses Dorfes trafen unsere Truppen gleichzeitig von drei Seiten das Gehöze von St. Pierre-Vaast an, das vom Feinde stark befestigt war, und erzielten einen ernsthaften Fortschritt. Unsere Truppen entrißen dem Feinde nacheinander drei Gräben, die den nördlichen Winkel dieses Gehözes verteidigten, sowie die ganze Linie der Stellungen am südwestlichen Ende. Der Kampf war an diesem Teile der Front besonders erbittert. Festige deutsche Gegenangriffe sind im Handgranaten- und Bajonettkampf glänzend abgewiesen worden. Im Laufe dieser Kämpfe machten wir 522 Gefangene darunter 15 Offiziere. Am rechten Ufer der Maas wurde der Artillerielagerplatz in der Gegend von Douaumont fortgesetzt, wir haben das Dorf Bauz vollständig besetzt. Der Tag war an dem übrigen Teil der Front verhältnismäßig ruhig.

Belgischer Bericht: Der Tag war auf dem größten Teil der Front ruhig. Gegenseitige Beschädigung durch Artillerie im Abschnitt von Voeflinge.

Die englische Meldung.

Vom 5. November. (B. Z. W.) Wir griffen heute an mehreren Punkten unserer Front an, erzielten Fortschritte und machten einige Gefangene. Auf der äußersten Rechten säuberten wir ein Rest der Deutschen, im Zentrum machten wir auf einer Front von über 1000 Meter Fortschritte und verschlehten und hochgelegenen Gelände in der Nachbarschaft von Butte Warlencourt. Das Wetter ist weiterhin klar.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 4. November. (B. Z. W.) Südwestfront. In der Gegend von Szelnow machte der Feind in Stärke von ungefähr einem Bataillon nach Artillerievorbereitung einen Angriff auf unsere Linien, den wir abwießen, wobei wir deutsche Gefangene machten. In der Waldgegend südlich vom Dorfe Mischischow und östlich vom Dorfe Lipniga Dolna hartnäckige Kämpfe; der Feind entwickelte hier heftiges Feuer seiner schweren Artillerie und ging darauf mit starken Kräften zum Angriff über. Unsere Abteilungen unternahmen einen Gegenangriff und warfen den Feind an einigen Stellen zurück. Indessen gelang es ihm, sich eines Teiles unserer vorgeschobenen Gräben östlich vom Dorfe Lipniga Dolna zu bemächtigen. Der Kampf dauert an. An der übrigen Front Gewehrfeuer und Aufklärungstätigkeit.

Kaukasusfront. Südlich vom Dagnut gingen die Türken auf der Front Sigt-Koldar-Guldar-Melikan (?) zum Angriff über; sie wurden durch unser Feuer und im Bajonettkampf zurückgetrieben und in die Flucht geschlagen. Zu gleicher Zeit unternahmen kleine türkische Abteilungen, unterstützt durch ihre Artillerie, in derselben Gegend auf der Front Soltar-Kat-Nahermut-Schamiran-Kondak (?) einen Angriff; sie wurden jedoch angehalten.

Rumänische Front. Siebenbürgen: Versuche des Feindes, rumänische Truppen im Tale des Alt anzugreifen, scheiterten im Artilleriefeuer. In der Richtung auf den Jiu läßt der Feind fort, sich unter dem Druck der Rumänen zurückzuziehen, die hier vier Geschütze, Gefangene und einiges Kriegsgerät einbrachten. Von der Dobrudschafont ist außer Zusammenstoßen der Vorposten nichts zu melden.

Vom 5. November. (B. Z. W.) Westfront: Nach heftiger Beschädigung des nördlich von Postawa gelegenen Dorfes Rojeika mit chemischen Geschossen, vertrieben die Deutschen unsere Streitkräfte aus dem genannten Dorfe; aber unser Feuer zwang sie, das Dorf zu räumen, das wir von neuem besetzten. In der Gegend von Goroditsche nördlich von Postawa, machten die Deutschen nach gründlicher Beschädigung mit Schützengrabengeschützen einen Gasangriff. In der Gegend westlich des Dorfes Subnow und ebenso in der Gegend der Straße Brody-Jolowischew fanden gelungene Erkundungstreifen unserer Aufklärer statt. In der Gegend des Waldes von Mischischow und von Lipniga Dolna kam der Kampf zur Ruhe. In den Waldparthen wurde eine feindliche Batterie 2 Wehr südlich des Kapul-Berges durch unser gezieltes Artilleriefeuer gezwungen, ihre Stellung zu räumen. Im Süden von Dorna Watra rückten unsere Truppen etwas vor und besetzten eine Höhe zwischen dem Berge Kamuntein und dem Dorfe Gallo; ebenso im Südwesten Putno. (Stelle unklar.)

Kaukasusfront: Der Feind hat mit starken Kräften Bidjar und Gialli nördlich von Bidjar besetzt. Ein Angriff der Türken auf Sultanabad wurde von uns abgelenkt.

Rumänische Front: Aus Siebenbürgen nichts Wichtiges zu melden.

Dobrudschafont: An der Donaufont gegenseitiges Feuer. Schornrügel und Erkundungstreifen von beiden Seiten auf der Linie Kafundja-Frandis-Toberdj-Debenbert.

Meldung der italienischen Seeleitung.

Vom 5. November. (B. Z. W.) Im Brandale, im Gebiet des Monte Palumbo und auf der Hochküste von Astago ist die Artillerie des Gegners gestern sehr tätig gewesen. Im Travinogiole machte der Feind, nachdem er eine Ablenkung auf den Col Beicon versucht hatte, fünf aufeinander folgende heftige Angriffe gegen unsere Observatoriumsstellung an den Abhängen der Cima Voche. Jedemal mit schweren Verlusten zurückgeworfen, wurde er schließlich durch Gegenangriff mit dem Bajonett zerprengt. Unter den zahlreichen auf dem Kampfplatze gebliebenen feindlichen Leichen fand man die von 4 Offizieren. Im Gebiet östlich von Gütz und auf dem Karst waren unsere Truppen gestern damit beschäftigt, trotz verlustlicher Ertörung durch die feindliche Artillerie die erreichten Stellungen zu besetzen. Durch kleine Angriffsunternahmen erweiterte sie den Besitz im Abschnitt südlich der Straße von Oppachiafella nach Caltagnabazza und machten etwa 200 neue, zum großen Teil verwundete oder auf dem Schlachtfelde verprengte Gefangene. Bei den Unternahmen vom 1. bis zum 4. November sind insgesamt 8982 Gefangene, darunter 270 Offiziere, in unsere Hand gefallen. Daraus steigt die Zahl der an der Front der Julischen Alpen vom 6. August bis heute gemachten Gefangenen der feindlichen Armee auf 40 863, darunter 1008 Offiziere.

Rumänischer Bericht.

Vom 5. November. (B. Z. W.) Nord- und Nordwestfront. An der ganzen Westgrenze der Moldau bis Predelus hat sich die Lage nicht geändert. Im Prachovatal schlagen wir mehrere feindliche Angriffe zurück; gegen Abend gelang es dem Feinde einen Teil unserer Gräben auf dem Dhamuberger nordwestlich von Tzage zu besetzen. In der Gegend von Dragoslowe und auf dem linken Ufer des Alt sind mehrere feindliche Angriffe abgelenkt worden. Im Tale des Jiu dauert die Verfolgung an; wir machten noch mehrere Gefangene. Bei Orsova ist die Lage unverändert. — Südfront. Ueberall längs der Donau wechselseitige Beschädigung. In der Dobrudschafont keine Geschehnisse.

Kämpfe in Deutsch-Ostafrika.

London, 5. November. (B. Z. W.) In einem weiteren amtlichen Bericht aus Deutsch-Ostafrika wird gemeldet: Eine kleine englische Truppenabteilung von 50 Mann mit zwei Kanonen wurde gezwungen, eine Stellung zwischen Iringa und Ngomindji zu räumen, nachdem sie fünf Tage lang einer nochmal stärkeren feindlichen Abteilung widerstanden hatte. Etwa die Hälfte der Besatzung entkam, nachdem sie die Geschütze unbrauchbar gemacht hatte. Am 30. Oktober stürmten unsere Truppen erfolgreich feindliche Stellungen westlich des Aufstijiffles.

Polens Wirtschaftskräfte.

Wie schwer auch das russische Regiment oft auf dem politischen Leben Polens lastete, hat doch in den letzten Jahrzehnten seine Industrie und sein Handel einen raschen Aufschwung genommen.

Als Industrieland ist Polen noch recht jugendlichen Alters. Bis 1851 stand das jetzt wieder zu politischer Selbständigkeit gelangende Russisch-Polen außerhalb der russischen Zollgrenze.

Auch heute noch ist die Textilindustrie die wirtschaftlich bedeutendste in Polen. Sie beschäftigt ungefähr die Hälfte aller polnischen Industriearbeiter und erzeugte vor dem Kriege rund 1,20 Millionen Doppelzentner Fabrikate verschiedenster Art.

Das wichtigste Revier der Textilindustrie ist Lodz mit Umgebung — vor hundert Jahren noch ein elendes Landstädtchen mit nur 1200 Einwohnern, jetzt eine Großstadt mit einer halben Million Einwohner.

Nächst Lodz kommt als Revier der Textilindustrie vor allem der Soinowice-Gienstochauer Bezirk mit ungefähr 220 000 Kammergarnspindeln, 200 000 Baumwollspindeln und 6000 Webstühlen in Betracht.

Neben der Textilindustrie ist die polnische Bergwerksindustrie in den letzten Jahrzehnten immer mehr ausgeblüht. Sie hat ihre Hauptstübe in Soinowice und Dombrowa-Gornice.

Auch die Zementfabrikation Polens wies in den letzten Jahren ständig steigende Ziffern auf. Im Jahre 1913 wurden fast zwei Millionen Haß Zement gewonnen; eine Menge, die sich durch bessere Ausnutzung der Gruben leicht auf das Drei- und Vierfache steigern ließe.

Trotz dieser raschen industriellen Entwicklung muß Polen noch immer als Agrarland gelten, und zwar haben sich vielfach in manchen Landesteilen noch recht primitive Anbaumethoden erhalten.

Die Abtrennung Polens von Rußland wird natürlich in diese Wirtschaftsbeziehungen tief eingreifen. Mit Sicherheit ist darauf zu rechnen, daß die polnische Industrie einen Teil ihres russischen Absatzgebietes verlieren wird.

Meinungen über Polen.

Die Aufnahme des Polenmanifests in der deutschen Presse nennt das „Berl. Tagebl.“ im allgemeinen zurückhaltend. Die alldeutsche „Tägl. Rundschau“ findet sie „föhl und frostig“.

Überall wird in mehr oder minder scharfer Form daran erinnert, daß der Reichskanzler die Freigabe der Kriegsziele vor einer endgültigen Festlegung der deutschen Politik ausdrücklich zugesagt hatte.

Sehr stark und berechtigt ist auch der Unmut darüber, daß der Reichstag nach Hause geschickt wurde, ehe man das, was die „Nordd. Allgem. Zeitung“ den „großen Wurf“ nennt, in Szene setzte.

Die Bedenken, die von rechts und links geäußert werden, entspringen zwei gänzlich verschiedenen Denkrichtungen. Um den Gegensatz auf eine kurze Formel zu bringen: die Konservativen fürchten zu viel Freiheit für Polen und die Sozialdemokraten zu wenig.

Die „Tägliche Rundschau“ nennt den österreichischen Erzherzog Franz Stefan als mutmaßlichen ersten Träger der neuen Krone. Sie macht auch sonst ganz interessante Bemerkungen.

Sehr bemerkenswert ist auch eine Äußerung des Präsidenten der Zweiten elsass-lothringischen Kammer, Dr. Ricklin, in einem Interview des „Berliner Tageblatts“.

Eine Uebersicht der wichtigsten Stimmen lassen wir folgen.

Konservative.

Die „Kreuz-Zeitung“ protestiert gegen die Behinderung einer freien Aussprache und sagt von der Warschauer Kundgebung: „Anderen Möglichkeiten der Lösung vorgezogen, nimmt sie einen wesentlichen Teil der Kriegsergebnisse vorweg“.

Die „Deutsche Tageszeitung“ protestiert gleichfalls gegen die Unterbindung der Kriegsjelerörterung, die jetzt noch bedauernd empfunden werde als bisher und sagt dann weiter: „Wir stehen der Errichtung eines selbständigen polnischen Staatswesens nach den Umständen, die dieser Weltkrieg gebracht hat, nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber.“

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ sind sehr kurz und positiv: „Drei Wochen zuvor hatten wir hier davon geschrieben, daß ein „Reich“ einstweilen an uns vorübergegangen zu sein scheint.“

Die „Post“ nennt die Lösung der Polenfrage „ein Produkt“ autoritärer Regierungsweise und ist überhaupt sehr unzufrieden. Die ganze Frage ist noch nicht genügend in der Öffentlichkeit geklärt, so, sie war zu sehr unter offenerer Wächterung des Rechts der Öffentlichkeit betrieben worden.

In demselben Blatt äußert sich der freikonservative Freiherr v. Heddy dahin: Die staatsrechtliche Stellung Polens zum Deutschen Reich muß von vornherein so gestaltet werden, daß unsere militärischen und wirtschaftlichen Interessen auch wirklich restlos und dauernd gesichert sind.

Zentrum.

Die „Germania“ äußert über die Wiederaufrichtung Polens große Freude. Sie meint, gegen andere Auffassungen polemisierend: „Die anderen Lösungen der polnischen Frage, die in der Annexion oder in der Verlegung der Entscheidung bis zum großen Friedensschluß alles Heil sahen, haben sich als nicht der Forderung

unserer Lage entsprechend erwiesen. Es lag und liegt in dem Interesse des polnischen Volkes so sehr wie in unserem eigenen, daß schon jetzt die Entwicklung einsetzen kann, die nach dem Friedensschluß die notwendigen Garantien für ein heilames Zusammenwirken der gesamten Mittelmächte einschließlich Polens in sich birgt.“

Liberalen.

Die „Vossische Zeitung“ stellt fest, daß das deutsche Volk nicht um seine Meinung gefragt wurde, und meint dann: Die Tatsachen selbst stehen fertig geformt vor uns. Wir müssen sie als unabänderlich hinnehmen und wir können jetzt nicht einmal mehr in Erwägungen eintreten, die in diesem Augenblick mehr Bestimmung hervorrufen als Nützen würden.

Das „Berl. Tageblatt“ schreibt: „So wenig wir die Politik der Alldeutschen und der von ihnen geistig befruchteten Kreise mitmachen, die auch für die Zeit nach dem Kriege die Freundschaft zwischen Deutschland und England unter allen Umständen aufrecht erhalten wollen, ebensowenig können wir wünschen, eine dauernde, unüberbrückbare Kluft zwischen Deutschland und Rußland entstehen zu sehen.“

Daselbe Blatt veröffentlicht eine Reihe von Unterredungen mit bekannten Politikern.

Friedrich Raumann (Sp.) freut sich im mitteleuropäischen Interesse über das enge Zusammenarbeiten zwischen Berlin und Wien, findet aber in der Proklamation „beträchtliche Dunkelheiten“.

Frhr. v. Richthofen (natl.) erkennt in der Proklamation einen Bund mit der Polenpolitik seit Friedrich dem Großen. Aber die weit überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes wird, nachdem dem Entschluß einmal gefaßt ist, die Wiederherstellung Polens einer erneuten Teilung bei weitem vorziehen.

Otto Wiemer (Sp.) hält die angelegte Regelung der Polenfrage für eine glückliche Lösung, er sieht in ihr einen ersten Schritt zu einem starken und festen Bund der mitteleuropäischen Mächte.

Sozialdemokraten.

Philipp Scheidemann (in den Unterredungen des „V. L.“): „Ich wünsche ein vollkommen freies Polen, und ich wünsche, daß dieses Polen Deutschlands Freund sei. Aber zu Liebe kann man keinen zwingen. Brauchen wir Polens Freundschaft, so müssen wir eine entsprechende Politik treiben.“

Eduard Bernstein (in den Unterredungen des „V. L.“): „Die Herstellung Polens, das heißt, die Sicherung der Selbstbestimmung und Selbstregierung des polnischen Volkes, ist eine alte Forderung der Demokratie, für die die deutsche Sozialdemokratie niemals unterlassen hat, ihre Stimme zu erheben.“

Korrespondenz Stampfer: „Ein Tanz auf der „mittleren Linie“ zwischen der konservativen Rechtspolitik und der sozialdemokratischen Freiheitspolitik ist unmöglich.“

Politische Uebersicht.

Für die Einigung des Liberalismus.

In der „Voss. Ztg.“ war jüngst ein Artikel von Richard May zu lesen, der für die Schaffung einer „einheitlichen liberalen Front“ eintrat. Dazu äußern sich nun in demselben Blatte von der Fortschrittspartei die Abgg. Müller-Reinigen und Gocksher, von den Nationalliberalen der Abg. Stresemann.

Parteigenossen! Werbt in Bekanntkreisen für Euer Blatt, den „Vorwärts“

Herr Müller-Meinungen erklärt die Annäherung zwischen Fortschrittspartei und Nationalliberalen für dringend wünschenswert. Diese Annäherung sei von Jahr zu Jahr größer geworden. Die Differenz in Wetz- und Kolonialfragen sei gänzlich überbrückt, und die Beziehung der Nationalliberalen zur Förderung einer stärkeren Parlamentarisierung unseres öffentlichen Lebens werde von der Fortschrittspartei mit aufrichtiger Freude verfolgt.

Herr Sedwitzer meint, die Erkenntnis, daß für die Neugestaltung des öffentlichen Lebens, die Befreiung von Junk- und bürokratischen Fesseln, die Zusammenfassung aller liberalen Kräfte notwendig sei, werde sich nach dem Kriege mit elementarer Gewalt durchsetzen.

Herr Stresemann denkt viel lässler und skeptischer. Er hält eine Einigung auf dem Boden des fortschrittlichen Programms für unmöglich. Die alten Gegensätze in der Außenpolitik traten auch in der Gegenwart wieder scharf hervor. In den Fragen der Kriegsführung wie der Kriegsziele seien die beiden Parteien erbitterte Gegner geworden. Trotzdem hält auch Stresemann einen Zusammenschluß für notwendig, weil verschiedene Zeichen der Zeit dafür deutlich sprechen. Welche, sagt er mit schöner Ausdrucksfähigkeit: „Bisher hat die Entwicklung unserer innerpolitischen Verhältnisse nichts davon spüren lassen, daß der Kanzler oder die Männer um ihn vom Geiste freiheitlichen Fortwärtsschreitens erfüllt werden. Im Gegenteil, die Verhältnisse der Zensur, des Belagerungszustandes, der Schutzhaft, der Briefzensur, der Telefonüberwachung und ähnliche Einrichtungen, die man in diesem Umfange überhaupt nicht für möglich gehalten hätte, passen besser in die Zeit einer metternichschen Reaktion, als in die Zeit einer angelegentlichsten Neuorientierung. Die Hoffnung, daß die konservative Partei die Zeichen der Zeit erkennen und freiwillig sich zur Mitarbeit auf dem Gebiete der Erweiterung der Volksrechte bereitfinden werde, scheint nicht begründet zu sein. Was der Liberalismus nicht an eigener Kraft aus der Situation herausholt, das geht für alle Zeiten verloren.“ Herr Stresemann ist darum trotz aller Bedenken für eine Annäherung der Wählererschaft und für eine erneute Verständigung bei künftigen Wahlkämpfen.

Die Sozialdemokratie hat allen Grund, die Vorgänge im liberalen Lager mit Interesse zu verfolgen. So groß auch die Gegensätze sein mögen, da die Nationalliberalen vornehmlich das industrielle Großkapital, die Fortschrittler das Handelskapital und das Mittelbürgertum vertreten, so drängt doch die Entwicklung zu einer Vereinheitlichung des Parteimeinens. Nur große und einheitliche Parteien werden sich im politischen Daseinskampf der Zukunft erfolgreich behaupten können. Darum wird es notwendig sein, dem Liberalismus auch eine mächtige Partei der schaffenden Arbeit, eine einzige Sozialdemokratie gegenüberzustellen!

Die „Liga der Menschenrechte“ gegen die französische Friedenssehnsucht.

Die französische „Liga der Menschenrechte“ wurde kürzlich der Dreihundertjährige als Gegengewicht gegen die nationalitäts-merkmale Vereinigungen gegründet. Unser vorstehender Parteigenosse Francis de Pressensé, einer der besten Kenner der äußeren Politik, war einst ihr Vorsitzender. Jetzt tanzt die Liga ganz nach der Weise Briand's, der ihre Pariser Führer beherrscht. In der Provinz ist die gute Tradition einer besseren Zeit aber noch nicht ausgefallen. Die Anhänger der in den Provinzen Frankreichs immer stärker werdenden Friedenssehnsucht hatten eine Tagung der Liga verlangt, die Anfang voriger Woche in Paris stattfand. Die Friedensstimmen der Provinz blieben aber in der Minderheit. Es wurde bei Beratung der Frage der Herbeiführung eines dauernden Friedens eine Resolution durchgedrückt, in der u. a. in der üblichen Weise die „Befreiung der Schuldigen“ und der Rückfall Elsaß-Lothringens an Frankreich verlangt wurde. Die Wiedergabe der von der Minderheit vorgeschlagenen Resolution verbot die Zensur. Auch die Redner der Minderheit kommen in den zugelassenen Berichten nicht zur Geltung. Jedoch soll nach einem Telegramm der „Frankf. Ztg.“ die Schriftstellerin Eberzine einen besonderen Eindruck gemacht haben, als sie die Leiden der Frauen während des Krieges schilderte und im Namen der Menschlichkeit für ein schnelles Ende des Krieges eintrat.

Kriegsamt und Kriegsernährungsamt.

W. T. W. meinet: Der Wortlaut der veröffentlichten Allerhöchsten Kabinettsorder über die Schaffung des Kriegsammtes im Kriegsministerium hat Veranlassung zu einer irrtümlichen Auffassung über das Verhältnis dieses Amtes zum Kriegsernährungsamt besonders in Fragen der Volksernährung gegeben. Eine gewisse Aufklärung über das Verhältnis der beiden Ämter zueinander hat der Präsident des Kriegsernährungsamtes bereits in der Sonnabend-Sitzung im Reichstag gegeben. Ergänzend ist folgendes zu sagen: Die außerordentlich großen Anforderungen, die die Geesververwaltung an die Industrie stellen muß und das große Interesse, das sie an der rechtzeitigen Durchführung dieser Aufgaben hat, hat die selbstverständliche Folge, daß die militärischen Stellen auch an dem Wohlergehen der Arbeiter ein großes Interesse haben; denn schließlich hängt der Gesamterfolg von der Leistung jedes einzelnen ab. Daher hat beim Kriegsministerium seit geraumer Zeit eine Abteilung für Volksernährungsfragen bestanden, die jetzt an das neue Kriegsamt übergeht. Da das Bestehen dieser Abteilung nicht genügend bekannt war, scheint der darauf bezügliche Teil der Kabinettsorder zu dem Mißverständnis hauptsächlich geführt zu haben. Die Versorgung der für Geesverzwecke beschäftigten Arbeiter mit Fleisch und Fett ist eine der wichtigsten Vorbedingungen für die Aufrechterhaltung ihrer Arbeitsfähigkeit; deshalb ist besonders hervorgehoben, daß dem Kriegsamt — selbstverständlich in Verbindung mit dem Kriegsernährungsamt — die Fürsorge dafür übertragen ist. Das soll die Brücke schlagen, die für ein enges Zusammenarbeiten zwischen Kriegsamt und Kriegsernährungsamt wünschenswert ist. Auch soll dem Kriegsernährungsamt dort, wo es nötig werden sollte, die militärische Unterstützung durch die Verbindung mit dem Kriegsamt sicher gestellt sein. Wie im einzelnen die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken zwischen Kriegsamt und Kriegsernährungsamt erfolgen wird, steht noch nicht fest, selbstverständlich werden darüber ganz präzise Vereinbarungen getroffen werden.

Die Fortschrittler und die Nachwahl in Oshag.

Wie der „Wost. Ztg.“ gemeldet wird, hat der Vorstand des Landesverbandes der fortschrittlichen Volkspartei für das Königreich Sachsen folgenden Beschluß gefaßt: „Es entspricht dem Wesen des Wahrfriedens, daß bei Wahlen die parteipolitische Arbeit der Parteien ausscheidet, die nicht im Besitz des Mandats gewesen sind. Da die fortschrittliche Volkspartei den Wahrfrieden wahr, sieht sie sich veranlaßt, an diesem grundsätzlichen Standpunkt festzuhalten.“ Der Beschluß leidet reichlich an Unklarheit, denn es ist nicht ersichtlich, ob die Fortschrittler sich nur eines tätigen Eingreifens in den Wahlkampf enthalten oder ob sie damit auch die Stimmenthaltung proklamieren wollten.

Für den rücksichtslosen U-Bootkrieg.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Thoma Augsburg trat auf dem Sonntag in Düsseldorf Ratgebunden nationalliberalen Vertretertag für die Rheinprovinz in einer fulminanten Rede für den rücksichtslosen U-Bootkrieg ein. Gleichzeitig wandte er sich mit aller Schärfe dagegen, daß die Polenfrage jetzt gelöst werde.

Das tägliche Brot.

Die Ernährung im bevorstehenden Winter.

Das Vorstandsmitglied des Kriegsernährungsamtes, Generalsekretär Stegerwald, hat in Köln in einer vom christlichen Gewerkschaftskartell einberufenen Versammlung über die Ernährung in diesem Winter folgende Angaben gemacht: 250 Gramm Fleisch werde man bestimmt der Bevölkerung während des ganzen Winters gewähren können. Bestimmte Schichten können voraussichtlich noch mehr erhalten, da 20 Millionen Zentner Vieh mehr erzeugt worden sind. Bei den Körnerfrüchten sei eine sehr gute Ernte erzielt. Fünf Millionen Tonnen seien mehr als im letzten Jahre eingebracht. Eine Erhöhung der Kartoffelmenge auf mehr als ein Pfund pro Kopf und Tag sei indessen ausgeschlossen. Eier seien sehr knapp, aber Judder werde man 1 1/2 Pfund pro Kopf und Monat gewähren können. Bei Obst und Gemüsen komme man mit Beschlagnahme und Höchstpreisen nicht zum Ziele. Schon jetzt werde vorgearbeitet, daß durch von langer Hand vorbereitete Verträge die ungerechtfertigt hohen Preise in Fortfall kommen; für die Bierproduktion werde man in Zukunft nur noch 25 Proz. des früheren Bedarfs an Gerste zur Verfügung stellen können.

Knappheit in Marmelade.

In einigen Städten ist man schon dazu übergegangen, die von der Gemeinde beschaffte Marmelade zu rationieren, weil die Vorräte zusammenzuschmelzen. So gibt Köln seit einigen Tagen nur noch 1/4 Pfund pro Kopf und Woche ab, ein ganz unzulängliches Quantum. Während in den Unbemittelten selbst die Marmelade auf das Brot fehlt, wird von den Bemittelten und Bessergestellten ungebürlich in Marmelade gehamstert. Unser Kölner Parteiblatt, die „Rheinische Zeitung“, veröffentlicht einige besonders drastische Fälle, wo Privatfamilien bis zu 12 und 15 Eimern bzw. 3 Häfen Marmelade auf einmal bezogen haben. Das sind zum Teil Sendungen von 2 1/2 bis 3 1/2 Zentnern in einzelne Familien. An bestimmten Tagen fuhren außerdem kleine Karawanen von Frauen in benachbarte Obstplantagen, um dort Apfelkraut, Rübenkraut usw. eimerweise heimzuholen. Daneben blüht stark der Verkauf von Obstkonerven und Dörrobst.

Eine Ursache der Kartoffelknappheit.

Es ist richtig, daß die Kartoffelernte nicht gerade glänzend ausgefallen ist, aber sie wäre wesentlich reicher, wenn allenthalben genügend Kartoffeln angebaut worden wären. Im Rheinland haben zahlreiche Gutsbesitzer, weil sie infolge des hohen Osterpreises an dieser Frucht mehr verdienen, so gut wie keine Kartoffeln angebaut. Infolgedessen können sie nicht nur keine Kartoffeln abgeben, sondern müssen für Gut noch hunderte Zentner Kartoffeln hinzukaufen, sie sind also selbst „Konjumenten“. Einige Beispiele: Gutsbesitzer K. in L. bearbeitet 500 Morgen Land, baut aber nur 3 Morgen Kartoffeln an. Gutsbesitzer B. in D. baut bei 500 Morgen Land ebenfalls nur 2 bis 3 Morgen Kartoffeln an. Er mußte infolgedessen 300 Zentner Kartoffeln für sein Gut aufkaufen. Gutsbesitzer W. in B. bei 450 Morgen Land nur 5 Morgen Kartoffeln. Ehrenbürgermeister S. in D. bei 500 bis 600 Morgen nur 2 Morgen Kartoffeln usw. In früheren Jahren ernteten sie laudende Zentner Kartoffeln.

Solche Zustände schreien doch nach einem Anbauprogramm und nach dem Produktionszwang.

Mutter und Kind.

Delegiertenversammlung des Deutschen Bundes für Mutter- und Kind.

Am 2. und 3. November fand im „Reingold“ zu Berlin die Delegiertenversammlung des „Deutschen Bundes für Mutter- und Kind“, an der 24. Vertreter der Ortsgruppen Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Hamburg, Bremen und Leipzig teilgenommen waren. Aus dem vom Justizrat Rosenthal in Dresden erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Bund sich im Oktober v. J. an den Petitionen des Reichs deutscher Berufsverbände beteiligte, die eine Ausmerzung des Vermerks der Unheilbarkeit aus den Papieren unheilbarer Kinder sowie eine Ausdehnung der Hinterbliebenenfürsorge auch auf die unheillichen Kriegswaisen fordert. Im Frühjahr d. J. reichte der Bund eine Petition an Reichstag und Bundesrat ein, in der die Erteilung von Zusatzkarten für Brot und Milch an Schwangere schon vom vierten Monat der Schwangerschaft ab (statt wie jetzt vom sechsten ab) gewünscht wurde. Sie wurde dem Reichskanzler als Material überwiesen. Einzelne Gruppen sind in dieser Beziehung auch schon selbständig vorgegangen und haben in verschiedenen Städten die Erteilung von Zusatzkarten an Schwangere erreicht. Die Müttergruppe hat unter den Kriegsverhältnissen so zu leiden gehabt, daß sie suspendiert werden mußte. In der Diskussion regte Direktor Kohn von der Allgemeinen Berliner Ortskrankenkasse an, eine großartige Propaganda zur Gewinnung der Krankenkasse als Mitglieder des Bundes wegen der damit verbundenen finanziellen und propagandistischen Vorteile zu entfalten.

Dr. Wornstein-Leipzig beantragte, daß der Bund in Gemeinschaft mit der Gesellschaft für Gynäkologie beim Bundesrat und beim Kriegsernährungsamt einen Antrag einbringen solle, der die Erteilung von Zusatzkarten vom ersten Moment der festgestellten Schwangerschaft ab verlangt.

Frau Bauer und Frau Schülke-Frankfurt a. M. berichteten sodann über die vorbildlichen Einrichtungen des Frankfurter Mutterhauses. Die dortige Ortsgruppe hat neben ihrer Auskunftsstelle, die alljährlich vielen Tausenden von Schwangeren und Müttern Rat und Unterstützung gewährt und neben den 60 Betten für Mütter und 38 für Kinder enthaltenden Mutterhausheim, das den Müttern kurz vor und einige Wochen nach der Entbindung Unterkunft bietet, im März d. J. ein kleines Mutterheim errichtet, das alleinstehenden Müttern auf unbeschränkter Zeit hinaus ein Zusammenleben mit ihrem Kind ermöglicht. Die Frauen können bei Tag ihrer Arbeit nachgehen, um sich des Abends und Sonntags an ihrem Kinde zu erfreuen. Sie zahlen für sich und das Kind einen wöchentlichen Pensionspreis von 14 M. Das Heim würde sich in normalen Zeiten selbst tragen.

Am zweiten Verhandlungstage wurde ein von Frau Blaustein-Mannheim begründeter Antrag beraten, der die Beziehungen von Reichswochenhilfe, insbesondere auch von Stillgebern, der Kontrolle im Hause und in den Mütterberatungsstellen unterstellen will. Nachdem in der Debatte darauf hingewiesen worden war, daß man die Fürsorge- und Kontrolltätigkeit nicht zerstückeln und überstreuen dürfe, wurde beschloffen, eine Petition an den Bundesrat zu richten, dahingehend, daß Kriegs- und Kriegsernährungsamt errichtet werden möchten, die in Gemeinschaft mit den Krankenkassen die Fürsorge, und zwar hauptsächlich auf dem Lande, wo man hygienisch noch am rüchstandigsten ist, ausüben sollen. Ferner wurde beschloffen, in eine Propaganda für die Errichtung von Mutterheimen nach Frankfurter Muster einzutreten. Ein von Frau Schmitz-Bremen begründeter Antrag wünscht eine Eingabe an die Bundesstaaten, betr. Aufhebung des Pensionsbats der Beamtinnen. So schwierig in vielen Fällen auch

die Verbindung von Beruf und Mutterschaft sei, so sehr müsse man sich doch gegen den Zwang wenden, der die Beamtin zur Scheidung zwingt und sie im Falle einer Beschäftigung ihrer Einnahmen, ihrer Pensionsberechtigung usw. beraubt. Eventuell sei an die Errichtung von Halbtagstellungen mit halbem Gehalt zu denken. Die Verammlung schloß sich diesen Anschauungen an, ebenso der von Frau Dr. Stöcker begründeten Forderung an die Behörden, unverheirateten Frauen auf Wunsch bei amtlichen Zustellungen usw. den Titel „Frau“ zu geben, was besonders für unverheiratete Mütter von großer Wichtigkeit sein könne.

Ferner wurde von neuem den Bundesberatungen zugestimmt, die die Ueberführung der Kriegsmoehilfe in eine Friedenswochenhilfe, die Errichtung staatlicher und kommunaler Mutterheime, den Ausbau des Mutterhauses auf dem Lande und die Ausgestaltung einer Kinderrentenversicherung verlangen.

Der alte Vorstand wurde wiedergeböhlt und die Tagung darauf geschlossen.

Schweizerischer sozialdemokratischer Parteitag.

Zürich, 4. November. (Sig. Ver.)

Der Parteitag tagt im schönen neuen Hause des Kaufmännischen Vereins, dessen Bühne wohl zum erstenmal rot decoriert ist und auf einem Plakat die alte internationale Parole verkündet: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

In Abwesenheit des im Auslande weilenden Parteipräsidenten Dr. Studer eröffnete und leitete der Vizepräsident Pfliiger-Zürich den Parteitag. Als Vizepräsidenten wurden Müller-Bern und Dr. Schenk-Winterthur gewählt. Als Schriftführer die beiden Parteisekretäre Fährdrich und Platten.

Vegährungsansprachen hielten Redakteur Kobs namens der organisierten Arbeiterschaft der Stadt Zürich, Kadek namens der russisch-polnischen Sozialisten und Lenin namens der russischen Sozialisten.

Den Jahresbericht der Partei erstattete Sekretär Fährdrich. Er gibt mündliche Erklärungen zum Jahresbericht der Partei. Erwähnenswert ist die Mitteilung, daß bisher aus dem Grütlverein über 2000 Mitglieder ausgetreten sind, um nur der Partei anzugehören. Umgekehrt sind aus dieser 37 Grütlvereine mit 1360 Mitgliedern ausgetreten. Der Grütlverein hat also mehr verloren als die Partei. Gegenwärtig umfaßt die Partei 520 Sektionen mit 26 500 Mitgliedern, gegenüber 1915 ein Rückgang von circa 2100. Mit sehr scharfen Worten wendete sich der Redner gegen die jegliche Politik des Grütlvereins und des Zentralkomitees des Grütlvereins, deren Veröffentlichungen die Gegner mit Eifer gegen die Sozialdemokratie ausschalteten. Ebenso scharf beurteilte er die Politik der Behörden und der besitzenden Klassen wie den von diesen betriebenen Lebensmittelwucher. Dagegen konnte er der intensiven, begeisterten und erfolgreichen Agitations- und Organisationsarbeit der Jugendorganisation volle Anerkennung spenden. Mit Worten der Anerkennung gedachte er auch der Geldsammlungen der Genossen in Amerika zur Unterstützung der sozialistischen Opfer des Krieges ohne Unterschied der Nationalität.

In der Diskussion wünschte Kobs-Zürich die baldige Beilegung von Differenzen zwischen der Sozialdemokratie und den Genossenschaften durch die Geschäftsleitung. Rünsch-Bern wandte sich gegen das Abhalten der Parteifester an anderen Tagen als am 1. Mai. Sie soll an diesem Tage einheitlich im ganzen Lande veranstaltet und ihre Demonstrationsscharakter strengere gewahrt werden. Sekretär Rünschberg-Zürich berichtete über die Fortschritte der sozialdemokratischen Jugendbewegung, die von 40 Sektionen mit 1800 Mitgliedern im Jahre 1914 auf 100 Sektionen mit 6000 Mitgliedern heute gestiegen ist. Ihr Organ, die „Freie Jugend“, erscheint 14tägig statt bisher monatlich. Und nun erscheint auch eine französische Ausgabe für die Jugendgenossen in der welschen Schweiz. Er dankte der Partei und allen Genossen für die Unterstützung und Förderung der Jugendbewegung, durch die auch der Kampf gegen die bürgerlichen Gegner wirksam geführt werden kann und er appellierte schließlich an die fernere Unterstützung und Mittilfe der Genossen.

Die Parteikasse weist für die Zeit vom 1. Oktober 1915 bis 30. September 1916 Einnahmen von 85 170,72 Frank inklusive 9837,89 Frank Kassenbestand und 2258,29 Frank Darlehen auf. Die Rechnung schließt mit einem Defizit von 5934,30 Frank. Die Ursache des ungünstigen Rechnungsergebnisses liegt in der Anstellung des zweiten Sekretärs, Anschaffung von Bureaueinrichtungen usw. Zimmer-Winterthur beantragt die billigere Abgabe der Parteitagprotokolle und Jahrbücher, um deren Anschaffung möglichst allen Genossen zu ermöglichen.

Ohne große Debatte wurde die Erhöhung des Parteibeitrages von 5 Cis. auf 10 Cis. pro Mitglied und Monat beschloffen.

Ohne Debatte wurde nach der Eröffnung der Kamistags-sitzung auf Antrag der Geschäftsleitung beschloffen, den Initiativantrag der Luzerner Genossen auf gleiche Befoldung und Verpflegung der Offiziere und Soldaten bis auf weiteres zu verchieben angesichts anderer anhängiger Initiativen.

Zum gedruckten Bericht der Nationalratsfraktion gab Dr. Affolter-Solothurn mündliche Ergänzungen. Er ging u. a. auf die Militärfrage und auf die einzelnen wichtigeren Fragen ein, die die Fraktion im Nationalrat anknüpft, und kam zum Schluß, daß diese nach Möglichkeit ihre Pflicht im Interesse der Arbeiterklasse erfüllen hat.

Mit der Kritik an der Haltung der Fraktion legte Kobs-Zürich ein, der ihr verschiedene Unterlassungs- und Tathandeln nachwies und zum Vorwurf gemacht. Das Budget hat die Fraktion wohl verworfen, dagegen a. V. Militärdarlehen stillschweigend passieren lassen. Gänzlich unbegründet ist die Befürchtung einzelner Fraktionsmitglieder, daß sie mit weitgehender Entschlossenheit der Arbeiterschaft zu weit vorausseilen würden und diese nicht folgen könnten. Im Gegenteil, die Fraktion soll den weitgehenden Willen der Arbeiterschaft vertreten und zum Ausdruck bringen.

Hister-Luzern sprach der Fraktion den Dank für ihre Tätigkeit aus, wie dies auch eine Luzerner Parteiversammlung getan. Rünsch-Bern schloß sich der Kritik Kobs an und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Proporzwahl eine homogenere Zusammenlegung der Fraktion bringen wird als sie heute aufweist. Und auch darum sollte man überall, in Gemeinden und Kantonen, für die Einführung des Proporztes wirken.

Die Fraktion verteidigte Greulich. In der Militärfrage gelten noch die Beschlüsse des Oltener Parteitages von 1906 und es kann von der Fraktion keine andere Haltung verlangt werden, bevor nicht ein Parteitag andere Beschlüsse gefaßt hat. Grimm-Bern wandte sich sowohl gegen Kobs wie gegen Greulich und beanstandete zum Teil die vorliegende Resolution einer Züricher Parteiversammlung. Gegenüber Greulich stellte er fest, daß einzelne Fraktionsmitglieder in ungebührlicher Weise mit den bürgerlichen Fraktionen gestimmt haben. Notwendig ist aber auch für die Einheitlichkeit der Fraktion die Einheitlichkeit der Partei. Kain-Chaug-de-Fonds komitierte ebenfalls mangelnde Einheit der Fraktion, aus der er den Mitgliedern keinen Vorwurf machen wolle. In der Militärfrage müsse ebenfalls die

Partei andere Beschlüsse fassen. Im übrigen müsse es auch Sache der Massen der Genossen sein, Vertreter zu wählen, die ihren Anschauungen und Forderungen entsprechen. Der Züricher Resolution stimmte er zu. Platten-Büch fand ebenfalls die Haltung der Fraktion unbefriedigend, zu wenig den proletarischen Empfindungen und der Rot der Massen entsprechend. Schmid-Ditlen meinte, daß die Kritik an der Fraktion eigentlich auch Selbstkritik der Partei ist. Sodann betonte er die unerläßliche Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation im ganzen Lande, insbesondere auf den Dörfern, wo immer mehr Fabriken entstehen zur Ausbeutung der unorganisierten ländlichen Arbeiter. Ebenso notwendig ist die politische Organisation, um eine starke organisierte Arbeiterschaft hinter die Fraktion zu stellen und für alle Aktionen und Demonstrationen aufzubieten. Ross erklärt sich mit den Grimmischen Abänderungsanträgen zur Resolution Zürich einverstanden. Diese Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen; sie lautet:

Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei der Schweiz stellt fest:

1. daß die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion des Nationalrates an Weisheit, Einheitslichkeit und Grundfähigkeit es zu den wiederholtesten Malen hat fehlen lassen;
2. und es öfter vorhat, daß Fraktionsmitglieder in politischen Grundfragen gemeinsam mit den bürgerlichen Gruppen gegen die Fraktion stimmten.

Der Parteitag fordert deshalb:

1. daß die Fraktion in ihrer Tätigkeit ein Vorbild geschlossener proletarischer Interessentvertretung... bilde und daß nicht im Bestreben, Augenblickserfolge zu erzielen, eine Verwicklung und Freigabe der grundsätzlichen Forderungen und der höheren Interessen des Sozialismus stattfindet;
2. daß ein besseres Zusammenwirken zwischen Fraktion und Geschäftsleitung und zwischen Fraktion und Proletariat im Sinne der Unterstützung der Fraktionstätigkeit durch die Aktion der Massen Platz greife.

Der Parteitag verpflichtet die Wahlkreisorganisationen, bei kommenden Nationalratswahlen nur solche Kandidaten aufzustellen, die sich verpflichten, im Sinne der Parteibeschlüsse im Parlament zu handeln.

Aus der Partei.

Parteipreise.

Aus der Redaktion der „Pfälzischen Post“ ist der Genosse Paul Kleefoot ausgeschieden. Er trat in die Geschäftsleitung des Konsumvereins Ludwigshafen ein. Genosse Kleefoot gehörte der Redaktion der „Pfälzischen Post“ seit dem 1. Januar 1908 an. Genosse Richard Hammer, der seit Ausbruch des Krieges zum Meeresdienst eingezogen war, ist am 1. November in die Redaktion der „Pfälzischen Post“ zurückgekehrt.

Aus Groß-Berlin.

Leichenreden auf dem Friedhof in Buch.

Der Friedhof, der draußen in Buch, etwa 20 Minuten vom Bahnhof entfernt liegt, wird noch heute als „Anfalltsfriedhof“ bezeichnet, ist es aber nicht mehr. Den Namen hat der Friedhof daher, weil früher nur die in den Bucher städtischen Anstalten Verstorbenen dort beerdigt wurden, und zwar die aus der Irrenanstalt und aus dem Hospital. Vor etwa vier Jahren wurde der Friedhof in die Verwaltung des städtischen Bestattungsrats übernommen und es wurden nunmehr auch die sogenannten Armenleichen in Buch beerdigt, die früher in Friedrichsfelde beigesetzt wurden. Kurz nach der Übernahme dieses Friedhofes in die genannte Verwaltung erhob der von der Stadt für die Bestattung der Seeligen in der Irrenanstalt, im Hospital und in der Heimstätte bestellte Pastor Behrend die Forderung, daß niemand außer ihm auf dem Anfalltsfriedhof Leichenreden halten dürfe. Das wurde natürlich zurückgewiesen, da ein städtischer Friedhof ein interkonfessioneller ist und es jedem Angehörigen freisteht, geistlichen Jesu von einem ihm genehmen Redner zu erbitten. Herr Pastor Behrend wollte auch über die Verwaltung des Friedhofs bestimmen, was selbstverständlich gleichfalls abgelehnt werden mußte. Er glaubte solche Ansprüche erheben zu können, weil er als Seelsorger für die Insassen der Irrenanstalten, des Hospitals und der Heimstätten bestellt ist. Für diese Tätigkeit erhält Herr Behrend ein jährliches Gehalt von 4500 M. Herr Pastor Behrend verlangt für seine Leichenreden Honorar. Aber dann ist es auch Sache der Angehörigen, die zur Beerdigung Verstorbenen nach dem Friedhof kommen, einen Mann ihrer Wahl zu bestimmen, der ihnen Trost spendet. Aber Herr Behrend hat aus Anlaß von Leichenreden, die er in der städtischen Kapelle in Buch gehalten hat, nach Beendigung seiner Rede sich nicht etwa damit begnügt, Honorar für seine Rede von den Angehörigen zu nehmen, sondern sogar von anderen Teilnehmern, die in der Kapelle anwesend waren und oft gar nicht zu der Leiche gehörten, eigenhändig gesammelt zum großen Erstaunen der Leidtragenden.

Solche Fälle haben sich im Laufe der Zeit so oft wiederholt, daß allgemein hierüber lebhaftes Verwunderung ausgesprochen worden ist. Diese Art steht unvoreilhaft ab von der Praxis der Berliner Stadtsynode, die ihrerseits seit längerer Zeit dafür Sorge getragen hat, daß ein Pfarrer der Synode bei Armen-Beerdigungen unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird, wofür die Synode selber die Kosten übernommen hat. Wie wir hören, ist dem Herrn Pastor Behrend nunmehr vom Kuratorium für das Bestattungswesen eröffnet worden, daß dem Konsistorium von dieser Sammlertätigkeit Mitteilung gemacht werden wird, wenn sie sich wiederholen sollte. Jedenfalls haben die Stadt und die Kirche ein dringendes Interesse daran, daß die hier gerügte Praxis beseitigt wird.

Schiebungen und Kriegswucher.

Ueberraschende Enthüllungen wurden in den letzten Tagen der vergangenen Woche und am gestrigen Sonntag auf mehreren Viehhöfen gemacht. Sie zeigen, daß der wucherische Kettenhandel immer noch neue Schleichwege findet. Gewissenlose Berliner Händler, die von gleichgesinnten Erzeugern kaufen, bilden dafür eine Art Zentrale. Sie verschaffen sich Waren, die den Höchstpreisen unterliegen, unter falscher Deklaration, packen sie zu kleinen Mengen um und verkaufen sie so weit über die Höchstpreise hinaus mit ganz übermäßigem Gewinn „unter der Hand“. Die Geschäfte werden so betrieben, daß die Händler Satete von etwa 10 oder 15 Pfund in Belanienkreisen abgeben, etwa an Angestellte von Geschäftshäusern und dergleichen. Diese überlassen die Waren wieder „aus Gefälligkeit“ an andere, schlagen aber nicht etwa auf den Kaufpreis noch etwas drauf, sondern lassen sich nur Zeitverlust und dergleichen ersparen. So kommt zum Beispiel ein Pfund

Butter, das der Händler schon mit 5 bis 6 Mark verkauft, auf 6, 7 oder auch 8 Mark. Seitdem man diesem wucherischen Kettenhandel auf die Spur kam, sah man auf den Güterbahnhöfen noch idarfer zu als früher. Da wurden denn allerhand scheinbar harmlose Sendungen „entlarvt“ und beschlagnahmt. Auf dem Potsdamer Güterbahnhof entpuppte sich eine „Weißbrotladung“ als eine Ladung von Wirtschaftspfeffeln und Kartoffeln. Der Waggon war nur oben mit Weißbrot zugedeckt. Auf einem anderen Bahnhof stand ein Waggon „Heu“. Als er eben abgefahren werden sollte, entdeckte man, daß die Ladung in Wirklichkeit aus Weizen- und Roggenmehl und Gerste bestand. Auf einer Schicht Heu unten lag das Weizenmehl, die mittlere Lage bildete das Roggenmehl und oben, unter der Heubede, die Gerste. Auf einem dritten Bahnhof wurde durch einen Anfall ein Faß „Pflaumenmus“ schadhast. Es stürzte ab, einige Reifen platzten und so entstand ein Miß. Eine Flüssigkeit, die herauslief, erregte den Verdacht, daß es sich um einen Schwindel handele, um verwässertes Pflaumenmus. Zur Ueberraschung aber kam, als man das Faß öffnete, lauter Schweinefleisch zutage. Das Faß enthielt mehrere frisch geschlachtete Schweine. Ein anderer Wagen sollte Tafelbrot und Marmelade enthalten. In Wirklichkeit enthielten alle Kisten Löffel Käse, der als Auslandsware über die Höchstpreise hinaus verkauft werden sollte. So treibt dieser Ketten- und Schleichhandel die Waren durch vier, fünf, sechs Hände zu ungeheuren Preisen hinaus. Alle die falsch deklarierten Sachen wurden beschlagnahmt. Die Leute, die die teuren Waren nehmen, erhalten sie obendrein oft auch noch nur unter der Bedingung, daß sie andere Sachen, alte Lebensmittel, die die Händler noch an der Hand haben, zu hohen Preisen mit dazu nehmen.

Raffiniert scheint schon vorgegangen zu sein, wenn es möglich war, angeichts der heute geltenden Bestimmungen für Schweinefleischungen sogar Schweinefleisch zu verschicken.

Verbesserungen im Postverkehr. Im Postschleppverkehr werden vom 15. November ab drei wesentliche Verbesserungen eingeführt. Die Abschnitte der Zahlungsanweisungen, die einem Postschleppkonto gutgeschrieben werden sollen, werden dem Postschleppkonto unmittelbar von der Postpostanstalt — nicht mehr vom Postschleppkonto durch Kontoauszug — zugestellt, und die Beträge der gleichzeitig vorliegenden Zahlungs- und Postanweisungen mit Zahlkarte dem Postschleppkonto zugeführt werden. Der Postschleppkonto kann ferner beantragen, daß auch einzelne bereits eingegangene Post- und Zahlungsanweisungen seinem Postschleppkonto gutgeschrieben werden. Schließlich können die durch Postauftrag oder Nachnahme eingezogenen Beträge auch dem Postschleppkonto eines Dritten mit Zahlkarte überwiesen werden. Ueber die Einzelheiten (Anbringung der erforderlichen Vermerke auf den Postaufträgen und Nachnahmen) geben die Postanstalten Auskunft.

Der Streichholzwucher.

Uns wird geschrieben: Was jetzt ist offenbar nichts Geschehen, um die seit zwei Wochen zum größten Teil aus dem Kleinhandel verschwundenen deutschen Streichhölzer, von denen das Palet im Kleinhandel „nur“ 45 Pf. kosten darf, wieder hervorzubringen. Es heißt jetzt mit einem Male, daß außer den „gewöhnlichen“ deutschen Streichhölzern auch noch andere zu teuren Preisen in Deutschland angefertigt werden. Diese müßten teurer als mit 45 Pf. verkauft werden, weil der Einkaufspreis bei den Fabrikanten entsprechend teurer sei. Das hört aber doch das Verschwinden der „gewöhnlichen“ Streichhölzer noch nicht auf. Ferner wird auf die ausländischen Fabrikate verwiesen, insbesondere auf die „echten Schweden“, von denen jetzt das Palet bereits bis zu 80 Pf. kostet. Die Verbraucher haben aber gar keinen sicheren Nachweis, ob diese angeblich ausländischen Streichhölzer auch wirklich aus dem Ausland stammen. Sie sind genau so gut und so schlecht wie die verschwundenen deutschen Fabrikate. Zweifellos drängt nach bekannter Schablone alles darauf hin, eine Erhöhung des Preises auch für die „gewöhnlichen“ deutschen Streichhölzer zu erzwingen.

Zu den stattgefundenen Stadtverordneten-Erswahlen gibt der Magistrat amtlich bekannt, daß der Redakteur Emil Eichhorn am 29. Oktober gewählt worden ist. Jetzt ist es Sache der Stadtverordnetenversammlung, die Gültigkeit der Wahl zu prüfen. Da Eichhorn der Hansbesterqualität ermangelt, dürfte die Ungültigkeitserklärung der Wahl und die Ausschreibung einer Neuwahl erfolgen.

Die Anmeldepflicht für elektrische Maschinen.

Am 15. Oktober 1915 in Kraft getretene Bekanntmachung betreffend Bestandserhebung für elektrische Maschinen, Transformatoren und Apparate, Nr. 2519/8. B. 5, wird in Erinnerung gebracht. Insbesondere wird darauf hingewiesen, daß gemäß § 7 der Bekanntmachung alle Bestandveränderungen, welche durch Besitzwechsel oder Inbetriebnahme von Maschinen usw. eintreten, innerhalb von drei Tagen an die Verteilungsstelle für elektrische Maschinen des Kriegsministeriums zu melden sind, die sich jetzt Berlin W. 66, Mauerstraße 83/84, befindet. Ebenso müssen die Maschinen, Transformatoren und Apparate, welche nach dem 20. Oktober 1915 fertiggestellt oder erst verfügbar geworden sind, gemeldet werden. Indes sind als verfügbar nicht solche Maschinen, Transformatoren und Apparate anzusehen, welche sich noch im Betrieb befinden, oder deren Inbetriebnahme innerhalb der nächsten drei Monate bestimmt voranzuführen ist.

Alle Meldungen haben auf den amtlichen Meldelarten zu erfolgen, die von der vorherbezeichneten Verteilungsstelle für elektrische Maschinen zu erhalten sind. Auf jeder Karte darf nur eine Maschine bzw. ein Maschinenpaar oder ein Transformator oder ein Apparat gemeldet werden. Unvollständig ausgefüllte Meldelarten können nicht als Erfüllung der obliegenden Meldepflicht angesehen werden. Sind die in den Meldelarten verlangten Angaben den Meldepflichtigen nicht bekannt und aus dem Leistungsschild oder der Rechnung über die Maschine nicht zu entnehmen, so ist eine Nachfrage bei dem Hersteller der Maschine oder die Hinzuziehung eines Fachmannes notwendig.

Es ist erwünscht, daß auch verfügbare Maschinen und Transformatoren angemeldet werden, deren Belastungsfähigkeit geringer ist als die in § 2 der genannten Bekanntmachung geforderte.

Ein An- oder Verkauf verfügbarer Maschinen findet durch die Verteilungsstelle nicht statt.

Erneut wird darauf hingewiesen, daß die Verteilungsstelle für elektrische Maschinen für Zwecke des direkten oder indirekten Kriegsbedarfes oder der Volksernährung den verfügbaren Vorrat an elektrischen Maschinen usw. auf Grund der bei ihr geführten Verzeichnisse nachweist. Diesbezügliche Anträge wolle man an die Verteilungsstelle für elektrische Maschinen des Kriegsministeriums, Berlin W. 66, Mauerstraße 83/84, richten.

Der Verband Deutscher Elektrotechniker hat Normalien für die Verwendung von Erprobungsstellen bei elektrischen Maschinen und Transformatoren aufgestellt. Falls die Herstellung neuer Maschinen usw. nötig wird, sind diese Normalien für die Ausführung maßgebend.

Warum sind die Äpfel so teuer?

Nach den Veröffentlichungen der Reichsstelle für Gemüse und Obst wurden am 4. November am hiesigen Plage vom Großhandel 3000 Kilogramm Äpfel umgelegt und dabei für Inlandware 20 bis 35, für ausländische 35 M. erzielt. Vom 1. bis 3. November waren die Großhandelspreise dieselben. Deshalb demgegenüber die Groß- und Kleinhandelspreise für Äpfel zu hohen Preisen. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat am 4. November am hiesigen Plage vom Großhandel 3000 Kilogramm Äpfel umgelegt und dabei für Inlandware 20 bis 35, für ausländische 35 M. erzielt. Vom 1. bis 3. November waren die Großhandelspreise dieselben. Deshalb demgegenüber die Groß- und Kleinhandelspreise für Äpfel zu hohen Preisen. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat am 4. November am hiesigen Plage vom Großhandel 3000 Kilogramm Äpfel umgelegt und dabei für Inlandware 20 bis 35, für ausländische 35 M. erzielt. Vom 1. bis 3. November waren die Großhandelspreise dieselben. Deshalb demgegenüber die Groß- und Kleinhandelspreise für Äpfel zu hohen Preisen.

schlechterdings unverständlich, denn es ist doch geradezu ihre Aufgabe, eine Spannung von 100 Proz. zwischen Groß- und Kleinhandel zu verhindern. Es darf daher wohl erwartet werden, daß die Kleinhandelspreise für Äpfel um wenigstens 10 Pf. pro Pfund herabgesetzt werden.

Kleinhandelspreise für frische Seefische bester Qualität für Dienstag, den 7. November 1916.

Schellfische, klein (bis 1/4 Pfund) 1,90 M., mittel (von 1/4 bis 1 Pfund) 2,20 M., großmittel (von 1 bis 1 1/2 Pfund) 2,30 M., groß (von 1 1/2 Pfund und mehr) 2,50 M.; Kabeljau, klein (bis 1 1/2 Pfund) 1,80 M., mittel (von 1 1/2 bis 4 Pfund) 1,95 M., groß (von 4 Pfund und mehr) 2,15 M., ohne Kopf (im Durchschnitt) 2,00 M.; Schollen, kleine (bis zu 1/2 Pfund) 1,25 M. (Zufuhr ungenügend.)

Ein Besuch bei einer Heiratvermittlerin in der Gleditschstraße 9 stattete am Sonntag die Schöneberger Kriminalpolizei ab, die in Tageszeitungen ihre vielseitige Tätigkeit anpreist. Die überall so war auch hier das Geschäft auf die Vorhänge gegründet, die Bewerber um vermögende Damen, Hals- und Ganzwaisen zahlen müssen. Die Bewerber wurden aber hingehalten und getäuscht, so daß die Kriminalpolizei sich den Betrieb näher ansah. Die Ermittlungen sind noch im Gange.

Menschenleben in Gefahr! Auf diesen Ruf rückte am Montag nachmittag die Berliner Feuerwehr nach der Wesselfstraße 48 aus. Dort befindet sich an der Straße 18 die ehemalige Eisengießerei von Gebr. Gebauer, die der Magistrat Berlin für den Bau der Großmarkthalle angekauft hat und zum größten Teil schon abgebrochen ist. Gestern nachmittag spielten dort Kinder auf dem Abbruch, bis eine Decke einstürzte und mehrere unter sich begrub. Den 13-jährigen Walter Gerike holte die Wehr als Leiche hervor. Er hatte einen Schädelbruch erlitten und wurde die Leiche nach dem Schauhaus gebracht. Die übrigen Knaben waren gerettet. Sie sollen mit dem Schrecken davon gekommen sein. Das Fabrikgebäude ist von einem Baum umschlossen, den die Knaben überstiegen haben.

Eine Besichtigung der Nikolai-Kirche (am Wollmarkt) nach einem Vortrage und unter Führung des Herrn Pfarrers Göhrke findet statt am nächsten Donnerstag, den 9. d. M., abends 8 Uhr. Öffnung der Kirche 7 1/2 Uhr. Eintritt frei.

Est aufgefunden wurde in Schöneberg gestern eine Frau im Hause Kaiser-Friedrich-Straße 2. Es entstand das Gerücht, daß ein Mord vorliege. Ermittlungen ergaben die Grundlosigkeit des Gerüchts. Zweifelloos hat die Frau sich vergiftet.

Der Arbeiter-Schwimmverein Neufölln (Nitzlich des Arbeiter-Wassersportverbandes) hielt am Sonntag sein erstes Schauschwimmen während des Krieges ab. Die Neuföllner Arbeiterschaft brachte dieser Veranstaltung so großes Interesse entgegen, daß die geräumige Schwimmbad des Stadtbades bis auf den letzten Platz gefüllt war. Auch die Stadtverwaltung war durch Herrn Bürgermeister Dr. Weinreich und mehrere Stadtverordnete und Mitglieder der Deputation für Turn- und Badewesen vertreten. Die Vorführungen, die in der schönen Halle einen würdigen Rahmen fanden, standen, den jetzigen Umständen angemessen, auf der Höhe. Ramentlich der Frauen- und der Mädchenreigen unter der stimmungsvollen Mandolinenbegleitung wurden mit großem Beifall aufgenommen. Alles in allem zeigte der Neuföllner Verein, daß auch in der schweren Kriegszeit der gesunde und recht volkstümliche Schwimmsport noch viele Freunde und Anhänger hat und zum Wohle der Volksgesundheit auch praktisch angeht wird. Der Ueberschuß wird dem im Felde stehenden Nitzlichern des Vereins zugeführt werden. Die Uebungsfunden für Männer finden jeden Mittwoch, für Frauen jeden Donnerstag, abends von 7/8—9/9 Uhr, im Stadtbad statt.

Kleine Nachrichten. In ihrer Wohnung tot aufgefunden wurde die 67-jährige Händlerin Luise Halbig aus der Lindenstraße 85. Mehrere Wochen muß die alte Frau dort gelegen haben, denn als man sie aufwand, war ihr Körper zu einer unkenntlichen Masse zusammengedrückt. Ihre Haustiere, Katzen und Vögel, waren verborgen. — Große Varenstiehlerei sind in einer hiesigen Spiritusfabrik im Süden festgesetzt worden, die von langjährigen Angestellten ausgeführt worden sind. — Das Opfer eines Straßenunfalles ist die fünf Jahre alte Tochter Elli des Tischlers Lange aus der Straßburger Straße 85 geworden. Die Kleine stand mit ihrer Mutter in der Brunnenstraße auf dem Bürgersteig an einer Straßenbahnhaltestelle an der Vorhänge, glitt ab und fiel hin. Zum Unglück kam gerade ein Omnibus gefahren, der nicht mehr halten konnte. Die Kleine geriet unter die Räder und wurde so schwer verletzt, daß sie im Krankenhaus starb. — Gift genommen hat in einem Hotel in der Marienstraße eine aus Dortmund nach hier gekommene Krankenschwester namens Marja Grünwald. Sie liegt in der Charité lebensgefährlich darnieder. — Wegen eines unbekanntlichen Leidens hat der Händlerinwarenhandlert Gerwin aus der Oberstraße 86 sich erhängt.

Soziales.

Kündigung der Fleischergesellen.

Wegen der Gesellschaft für Volksernährungsmittel klagen vor dem Gewerbegericht drei Fleischergesellen auf Schadenersatz wegen kündigungsloser Entlassung. Die Beklagte, die eine Vereinbarung über Kündigung mit den Klägern nicht getroffen hatte, also zur Innehaltung der gesetzlichen 14-tägigen Kündigungsfrist verpflichtet war, machte geltend, diese Verpflichtung bestehe für sie nicht, weil der Ausschluß der Kündigung im Fleischergewerbe ortsbillich sei.

Vielleicht hat der Beklagten hierbei die Praxis des Innungs-Schiedsgerichts vorgeschwiebt. Diese Instanz pflegt allerdings den Ausschluß der gesetzlichen Kündigung im Fleischergewerbe als ortsbillich anzunehmen und deshalb die kündigungslose Entlassung auch in den Fällen für berechtigt zu halten, wo über Kündigung nichts vereinbart ist.

Im vorliegenden Falle ging das Urteil der Kammer VI des Gewerbegerichts dahin, daß ein die Kündigung ausschließender Ortsgebrauch im Fleischergewerbe nicht bestünde, falls er bestünde, die Beklagte sich nicht auf ihn berufen könne. Denn sie gehören nicht dem Fleischergewerbe an, sondern habe erst während des Krieges eine Konfektfabrik eröffnet. Jedem der Kläger wurde der geforderte Lohn für zwei Wochen — 120 Mark — zugesprochen.

Oedlandverwertung — Kriegeransiedlung.

Von Oedlandverwertung und Kriegeransiedlung hört man jetzt weniger als in der ersten Zeit des Krieges. Die Ansiedlung scheint nicht überall so glatt von statten zu gehen, wie es von den verschiedenen Instanzen erhofft wurde. Man hat mittlerweile die Schwierigkeiten kennen gelernt, die sich besonders in den Fällen ergeben, wo der anzusiedelnde Krieger über wenig oder gar kein Kapital verfügt. Wird die Rente eines kriegsbeschädigten kapitalisiert, so ist die eine Schwierigkeit zwar behoben, aber die Sicherung des Auskommens ist damit für die Familie des Ansiedelnden noch nicht erreicht.

Im „Pfälzischen Wohnungsblatt“ wird an einem praktischen Beispiel aus der Provinz Hannover gezeigt, wie gewinnbringend so eine Siedlung sein kann, wenn alles klappt und nichts dazwischen kommt, was die Papierzahlen beeinträchtigen könnte. Es heißt dann mit Beziehung auf die Provinz Wesfalen, daß auch hier diese Art der Ansiedlung auf kultiviertem Oedland in größerem Umfang möglich sei.

Aus aller Welt.

Humorvolle Diebe.

In einem westfälischen Dorfe waren einem Landwirt die Fettvorräte gestohlen worden. Anderen Tags bereits standen die leeren Behälter, sein länderlich gereinigt, auf dem Hofe. An einem war ein Zettel befestigt, auf dem der Dank ausgesprochen wird; die Ware sei wirklich gut gewesen. Zugleich wird die Bitte ausgesprochen, die Töpfe nochmals zu füllen und sie an einem benannten Orte zum Abholen bereit zu stellen. Öffentlich brauchten sie (die Langfinger) keinen unnützen Weg zu machen. Der Vorfall zeigt, daß der Diebeshumor nicht nur in der heiteren Muse vertrocknet ist, sondern lebendige Wirklichkeit ist. Er ist sogar geeignet, aber die Gesetzesverletzung hinwegzulesen zu lassen in Anbetracht der heilsamen Wirkung, die er in dieser trüben Zeit auf das Gemüt auszuüben imstande ist, um so mehr, als der Geschädigte selbst unter den gedrückten Verhältnissen bisher wohl nicht zu leiden hatte.

Während des Krieges sind in Westfalen im ganzen 17 300 Morgen Weidland urbar gemacht worden, und zwar von einigen Bodenverbesserungsgenossenschaften und Gemeinden. Aber es scheint, als seien diese Flächen in der Hauptsache privaten Besitzern zur Bewirtschaftung zugewiesen worden, und es ist klar, daß unter diesen Umständen die Frucht der Bemühungen der Allgemeinheit erst nach der Zahlung eines erheblichen Aufgebotes zugute kommt, wie wir es im Augenblick genugsam erfahren.

Es wird in der genannten Zeitschrift ausgeführt, daß die angegebene Fläche für 1730 kleiner Siedlungsstellen ausreichen würde. Berücksichtigt man, daß das Geb- und Umland damit noch lange nicht erschöpft sei, daß vielmehr nur ein ganz kleiner Bruchteil erst der ordentlichen Bewirtschaftung erschlossen worden sei, so lasse sich sagen, daß auf absehbare Zeit ein Mangel an Land für diese Zwecke nicht eintreten werde.

Nun hat der westfälische Kleinwohnungsverein aber selber schon bei einer früheren Gelegenheit hervorgehoben, daß die Besiedelung dieser Flächen schwierig sei. Wo der fruchtbare Boden vorherrscht, „sitzt der Groß- und Mittelbesitz fest“. Dazu kommt, daß die Leute, die Gewinne gemacht haben, mehr als je hinter verkäuflichen Gütern her sind. Mit ihnen in dieser Hinsicht zu konkurrieren, ist den Stellen, die nach dem Erwerb von Land für Kriegerfamilien trachten, ganz unmöglich. Man kam bei der Erwägung aller Verhältnisse seinerzeit gar zu dem Schluss:

Für die landwirtschaftliche Kleinsiedlung scheint nach alledem unter den jetzigen Verhältnissen in Westfalen verhältnismäßig wenig Aussicht zu bestehen.

Gibt es mit der Kleinsiedlung also nicht, dann ist damit nicht gesagt, daß es überhaupt nicht zu machen wäre: nämlich die planmäßige Bewirtschaftung aller Landflächen, die jetzt tot da liegen, aber in absehbarer Zeit ertragreich gemacht werden können. Mit dem Gedanken der Kriegeransiedlung wird man sich ja nach dem Kriege noch ausgiebig befassen können — heute drängt das nicht so sehr. Wichtiger ist die Verforgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Man weise den größeren Gemeinden, vor allem im Industriebezirk, nach einem bestimmten Plane Landflächen zu, lasse sie bestellen und sichere den Gemeinden auf diese Weise einen gewissen Fundus für die nächstjährige Verforgung. Wir wissen, daß die Gemeinden, die schon in diesem Jahre selbständig Kartoffeln und andere Feldfrüchte gebaut haben, gute Erfahrungen sammeln konnten. Jede praktische Betätigung auf diesem Gebiete ist von außerordentlichem Wert. Und was an Kulturland gewonnen wird, bleibt der Allgemeinheit erhalten.

Die Dampferkatastrophe in der irischen See.

Reuters Bureau meldet über das Schiffsunglück noch folgendes: Der Zusammenstoß zwischen den Dampfern „Connemara“ und „Retriever“ ereignete sich gerade außerhalb Carlingsford Bar in Sicht des Hafens Greenore. Es herrschte schwerer Seegang. Die Ladung des Kohlendampfers „Retriever“ war in der bewegten See triftig geworden, jedoch das Schiff teilweise unlenkbar wurde, gegen die „Connemara“ anfuhr und diese binnen zwei Minuten zum Sinken brachte. Der „Retriever“ hielt sich noch 15 Minuten über Wasser. Man versuchte, Boote auszulassen, aber die Wellen schlugen über die Schiffe hin und vereitelten den Versuch. Nur einem Rettungsboot des „Retriever“ gelang es, die Küste zu erreichen. Es wurden zahlreiche Leichen von Männern, Frauen und Kindern angepökt. Der Strand ist mit Bruchholz und Leichen von Schafen und Rindern bedeckt.

Explosion in Saint Denis.

Bern, 5. November. „Temps“ meldet aus Saint Denis: In der Fabrik Ruggert ereignete sich eine Explosion. Mehrere Personen wurden getötet.

Zugzusammenstoß in Hamm. Auf dem Bahnhof in Hamm sind am Montagmorgen zwei Züge aufeinandergefahren. Eine Hilfsfahrerin wurde getötet, zwei Personen schwer verletzt.

Grubenunglück. Auf der Zeche „König Ludwig“ in Redlinghausen stürzte ein besetzter Förderkorb ab. Acht Bergleute wurden schwer verletzt.

Erdbeben in Russland. Ein sehr heftiges Erdbeben, dessen Stöße von West nach Ost gingen, hat in Edschmiadzin stattgefunden. Die Bevölkerung fürzte von Erdbeben ergriffen auf die Straße. Viele Häuser sind beschädigt, einige eingestürzt. Die Kathedrale hat Risse in der Südwand. Aus allen Dörfern werden schwere Schäden gemeldet.

Parteiveranstaltungen.

Dritter Kreis. Morgen, Mittwoch, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr: Gemeinlicher Jahrsabend im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 14/15, Friedrichshagen. Am Mittwoch, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant Blüher Verge eine Mitgliederversammlung statt. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Köpenick. Versammlung Dienstag, den 7. November, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal des „Kaiserhof“, Grünstraße. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Dr. Landsberg: „Weltkrieg und Sozialdemokratie“. 2. Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. 3. Parteiangelegenheiten. Zutritt gegen Eintrittskarten, die beim Vorsitzenden, Genossen Emil Böhler, Kieker Str. 6, und bei den Bezirksführern zu haben sind. Um zahlreiches Besuch bittet Der Vorstand.

Petershagen-Friederichsdorf. Am Mittwoch gemeinschaftlicher Jahrsabend bei Richter, am Bahnhof, Hochwiltzige Tagesordnung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Treptow-Baumhuleneweg. Mittwoch, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr: Zwei gemeinsame Jahrsabende für Ostteil Treptow bei Richter, Gröbeustraße 28; für Ostteil Baumhuleneweg bei Wiltz. Erbe, Baumhuleneweg 14. Tagesordnung: Der „Vorwärts“-Konkurrenz. Der Vorstand. J. A.: Paul Nagel.

Treptow-Baumhuleneweg. Am Mittwoch findet der Jahrsabend für den Ostteil Treptow für jeden Bezirk einzeln in den bekannten Bezirkslokalen statt. Für den Ostteil Baumhuleneweg findet der Jahrsabend gemeinsam im Restaurant Krause, Reichstr. 249, statt.

Waldhofs-Ordnung. Der gemeinschaftliche Jahrsabend findet am Mittwoch, den 8. November, bei E. Kubers, Bahnhofsstraße, statt.

Hermendorf-Waldhofs-Ordnung und Wittenitz. Mittwoch, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr, findet für obige Orte in Hermendorf bei Eggerecht, Albrechtstr. 1, ein gemeinsamer Jahrsabend statt. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung. Mitteilungen und Beschlüsse.

Karlshorst. Mitgliederversammlung Mittwoch, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr, im Fürstenbad, an der Prinz-Albert-Strasse. Tagesordnung: Rechenschaftsbericht für das abgelaufene Halbjahr. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung. Mitteilungen und Beschlüsse. Da die Versammlung nur bis 11 Uhr tagen darf, wird pünktlich begonnen. Mitgliedsbücher vorgelegt!

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Dienstag, 8. IV. 1914, abends 8 Uhr, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementskarte beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Einsprüche und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

U. 772. Der Frau möchte in diesem Falle die Kriegsunterstützung zufließen. — S. 6. 12. Sie können noch eingezogen werden und in Ihrem Verzuge Verwendung finden. — S. 8. 20. Die frühere Krankheitszeit wird auf den Bezug des Krankengeldes in diesem Falle angerechnet. — R. W. 6. 1. Wenn der Betreffende in seinem eigenen Interesse die Operation nicht vornehmen lassen will, so kann er sie wohl verweigern, da es sich nach Ihrer Darstellung um eine schwierige Operation handelt. 2. Das können wir nicht wissen, das liegt bei der Entscheidung des Militärarztes. — G. S. 27. Anspruch auf Aufwandsentschädigung haben Sie nicht. Es Ihnen die Kriegsunterstützung gewährt werden kann, erscheint uns etwas zweifelhaft; Sie könnten aber immerhin einen Antrag bei der zuständigen Steuerklasse stellen.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
3. Abt. Bez. 520.
Am Sonnabend, den 4. November, verstarb unser Genosse, der Tischler
August Pohl
Franzstr. 45.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 7. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des zentralen Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Groß-Berlin.
Am Freitag, den 3. November, verstarb unser Mitglied
Georg Walter.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 7. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des zentralen Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
August Pohl
Franzstr. 45
im Alter von 66 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 7. November, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des zentralen Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
92/20 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenarbeiter
August Grätz
Berlinsgr. 8,
am 5. d. Mts. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 8. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des zentralen Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung wird ersucht.
125/7 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Geschäftsführer
August Hannig
von der Firma Vebel, Reutlitz, Schinlestraße, am 1. November im Alter von 74 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Zeitungsträgerin
Anna Kaiser
von der Firma „Vorwärts“, Speibitz, Prinzenstraße 31, am 4. Novbr. im Alter von 51 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 7. November, nachmittags 11 Uhr, von der Leichenhalle des zentralen Friedhofes in Reutlitz, Hermannstraße 185/190, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
60/7 Die Bezirksverwaltung.

Verband der Bureauangestellten
Ortsgruppe Groß-Berlin.
Am 3. November verstarb im 48. Lebensjahre unser Mitglied, Krankenlinsenangestellter
Georg Walter
(Allgem. Ortskrankenkasse Berlin).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 7. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem zentralen Friedhof in Friedrichshagen von der Leichenhalle aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
46/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenarbeiter
Frau Anna Kaiser
geb. Fechner
Alexandrinenstr. 68/69.
Ehre ihrem Andenken!
Paul Singer & Co.,
„Vorwärts“-Ausgabe,
Weinzierstr. 31.
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 7. November, nachmittags 11 Uhr, auf dem zentralen Friedhof, Reutlitz, Hermannstraße, statt.

Allgemeine Orts-Krankenkasse der Stadt Berlin.
Am 3. November verstarb unser lieber Kollege
Georg Walter
im 48. Lebensjahre. 271/11
Wir werden sein Andenken in Ehren halten!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 7. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem zentralen Friedhof in Friedrichshagen von der Leichenhalle aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen ersucht
Der Angestellten-Ausschuß.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 22. Oktober 1916 durch eine Mine mein lieber Mann, unser herzerguter Vater, unser Schwiegerohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Landsturmmann
Joseph Geier
Ref.-Inf.-Regt. Nr. 8, 1. Komp., im 36. Lebensjahre. 14375
In tiefstem Schmerz
Die trauernde Gattin
Elsa Geier geb. De Wit
nebst Kindern Willi und Gretchen.
Berlin-Tegel, Schloßstr. 23.
Mit der Sehnsucht im Herzen nach seinen Lieben,
Mit der Sehnsucht im Herzen ist er geblieben.
Lieber Papa, schlaf in Ruhe,
Unsere Liebe denkt dich zu.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 19. Oktober durch Kopfschuß unser kostbarer Sohn und Bruder, der Musikfeller
Fritz Roesner
im blühenden Alter von 19 Jahren.
In tiefstem Schmerz
Familie Roesner,
Turmstr. 47.
Ruhe sanft in fremder Erde,
unsere Liebe denkt dich zu.
Hiermit lege ich auf diesem Wege allen Verwandten und Bekannten, sowie allen meinen Kollegen der 2. V. G. und dem Verband der Tapferen für die Teilnahme und die Krankspenden bei der Beerdigung unseres lieben Verstorbenen meinen herzlichsten Dank.
14026
Frau A. Streitz
nebst Verwandten.

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
gegründet 1896
Brunnenstr. 56-57
Große Auswahl
in schwarzer Konfektion.
Auf Wunsch Mahnleistung
in 8 Stunden.
Kerzenungen sofort u. gratis.
Auswahlsendung bereitwilligst.
Fernstr. A. Norden 8540.

Karbid-Tischlampen,
Stummlaternen 4,50, 5,75, 7,50,
Gämbler-Rabatt, Schreiber, Weberstr. 42.
Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Efftig & Co., Berlin SW.

Protest.
Wir Unterzeichnete schließen uns ebenfalls dem Protest des Genossen Eugen Ernst an. Auch wir erklären ausdrücklich, daß wir uns dem Beschluß, den „Vorwärts“ zu boykottieren, nicht fügen, daß wir im Gegenteil für die weiteste Verbreitung desselben unsere ganze Kraft einsetzen werden.

Ungewöhnliche Erwerbsmöglichkeiten
Bietet die nächste Zukunft. Eine tiefgreifende Änderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Aufschwung unserer Industrie u. des Handels steht bevor, und es werden überall geschulte Kräfte gesucht
sehr Angehörige technischer Berufe u. Handwerker sollen nicht veräumen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teilzunehmen an den wirtschaftlichen Erfolgen, die naturgemäß das Ergebnis des gewaltigen Ringens sein müssen. Das beste Mittel, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke „Syst. Karnack-Hochfeld“. 80 S. starke Broschüre kostenlos.
Bonnes & Hochfeld, Potsdam, Postfach 167

Reichs-Magenleiden
Bei Verdauungs- u. Verdaunungsstörungen, Magenleiden, Magenkrämpfe, Übermaß an Mageninhalt, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke „Syst. Karnack-Hochfeld“. 80 S. starke Broschüre kostenlos.
Bonnes & Hochfeld, Potsdam, Postfach 167

Magenleiden
Bei Verdauungs- u. Verdaunungsstörungen, Magenleiden, Magenkrämpfe, Übermaß an Mageninhalt, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke „Syst. Karnack-Hochfeld“. 80 S. starke Broschüre kostenlos.
Bonnes & Hochfeld, Potsdam, Postfach 167

Spezialarzt
Für Feldsoldaten!
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden,
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),
Blutuntersuchung, Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
222/0* störung, Teilzahlung.
Sprechstunden: 10-1 und 5-8
Dankbarkeit Vorwärts.

Kennen Sie die Wohltat
einer Leibbinde?
Sämtliche Systeme am Lager
resp. nach Maßanfertigung sowie
Bruchbandagen aller Art.
Artikel 2. Gesundheit- u. Krankenkasse
Pollmann, Bandagist
Berlin N., Lohringstr. 60.
Lieferant für Krankenkassen.

Spezialarzt
Für Feldsoldaten!
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden,
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),
Blutuntersuchung, Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
222/0* störung, Teilzahlung.
Sprechstunden: 10-1 und 5-8
Dankbarkeit Vorwärts.

Pflanzt Obstbäume!
Große Auswahl aller Baumformen von
Äpfeln, Birnen, Pflaumen, Kirschen,
Stachel- und Johannisbeeren, Pflanz-
sämlingen usw. im Hof unseres Geschäftes.
Billige Preise.
E. BOESE & CO.
nur Landsberger Straße 66.
Riesan-Vorräte in Harl. Blumenzwiebeln.
Reuters Werke
3 Bände 3 Mark
Buchhandlung Vorwärts